

Glossar

Abnahme

→ *Werkvertrag: Abnahme*

Absolute Rechte

Absolute Rechte sind Rechte, die gegenüber jedermann bestehen („*inter omnes*“). Sie werden auch dingliche Rechte genannt. Das wichtigste absolute Recht ist das Eigentum. Dem Eigentümer stehen aufgrund des Eigentums Ansprüche gegen jedermann zu. So kann der Eigentümer gemäß § 985 BGB von *jedem* Besitzer die Herausgabe seiner Sache verlangen, es sei denn, der Besitzer hätte gegenüber dem Eigentümer ein Besitzrecht (§ 986 BGB). → *Beschränkte dingliche Rechte*

→ *Hypothek* → *Grundschild* → *Relative Rechte*

Abstraktionsprinzip

→ *Trennungsprinzip*

Abtretung

Die Abtretung einer Forderung erfolgt durch einen Vertrag zwischen dem bisherigen Gläubiger (dem Inhaber der Forderung, „Zedent“) und dem neuen Gläubiger („Zessionar“) (§ 398 BGB). Der Schuldner ist an der Abtretung nicht beteiligt. Es besteht aber die Möglichkeit, die Abtretung auszuschließen oder von der Zustimmung des Schuldners abgängig zu machen (§ 399 BGB). Etwas anderes kann sich aus § 354a Abs. 1 HGB ergeben.

Abwehrklausel

→ *Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB): Abwehrklausel*

Adäquate Kausalität

Eine adäquate Kausalität ist gegeben, wenn der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung, zum Beispiel zwischen einer Verletzungshandlung und der dadurch eingetretenen Verletzung eines Rechtsgutes, nicht völlig außergewöhnlich und ganz und gar unwahrscheinlich ist. Zu unterscheiden sind die haftungsbegründende und die haftungsausfüllende Kausalität.

Akzessorietät

Eine Kreditsicherheit ist akzessorisch, wenn sie ohne die gesicherte Forderung nicht besteht. Das ist bei der Bürgschaft (§ 765 BGB) und bei der Hypothek (§ 1113 Abs. 1 BGB) der Fall. Nicht akzessorisch sind die Grundschild (§ 1191 Abs. 1 BGB) und die – im BGB nicht geregelte – Sicherungsübereignung und die Sicherungsabtretung
→ *Bürgschaft* → *Hypothek* → *Grundschild* → *Sicherungsübereignung*

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Begriff Allgemeine Geschäftsbedingungen sind nach § 305 Abs. 1 S. 1 BGB alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierten Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei („Verwender“) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrags stellt. Die erforderliche Vielzahl von Verträgen liegt (bereits) vor, wenn die Bedingungen mindestens drei Mal verwendet werden sollen. Unerheblich ist, ob die Absicht der mehrfachen Nutzung durch einen oder mehrere Verwender besteht.

Einbeziehung Die Einbeziehung betrifft die Frage, ob die *kompletten* (vollständigen) AGB für den Vertrag gelten. Voraussetzungen für die Einbeziehung von AGB gegenüber einem Verbraucher sind nach § 305 Abs. 2 BGB: Ein ausdrücklicher Hinweis des Verwenders auf die AGB, die Möglichkeit der zumutbaren Kenntnisnahme der AGB für den Verbraucher und das Einverständnis des Verbrauchers mit der Geltung der AGB. Diese drei positiven Voraussetzungen müssen „bei Vertragsschluss“, also im Zeitpunkt des Vertragsschlusses, vorliegen. Aus § 305c BGB folgt, dass Klauseln in AGB, die ganz und gar ungewöhnlich sind, kein Vertragsbestandteil werden, auch wenn die Voraussetzungen des § 305 Abs. 2 BGB erfüllt sind. → *Verbraucher*

Inhaltskontrolle Bei der Inhaltskontrolle von AGB geht es um die Wirksamkeit der *einzelnen* Klauseln. Bei der Verwendung von AGB gegenüber einem *Verbraucher* ist zunächst § 309 BGB, dann § 308 BGB und zum Schluss § 307 BGB zu prüfen („9 vor 8 vor 7!“). Im Falle eines Verstoßes gegen eines der in §§ 307 ff. BGB enthaltenen Verbote ist (nur!) die betreffende Klausel (vollständig) unwirksam (nichtig). Die nichtige Klausel wird also nicht mit einem (gerade) noch zulässigen Inhalt aufrechterhalten („*Verbot der geltungserhaltenden Reduktion*“). Der Vertrag als solcher bleibt hingegen nach § 306 Abs. 1 BGB wirksam. An die Stelle der unwirksamen Klausel treten die gesetzlichen Vorschriften (§ 306 Abs. 2 BGB). → *Verbraucher*

Unternehmer Bei Verwendung von AGB gegenüber *Unternehmern* bestehen nach § 310 Abs. 1 S. 1 BGB Besonderheiten. Die Einbeziehung der AGB ist einfacher, da § 305 Abs. 2 BGB nicht gilt. Bei branchenüblichen AGB muss nicht einmal ein Hinweis gegeben werden. Bei anderen AGB reicht ein Hinweis auf die AGB für die Einbeziehung aus. Die Möglichkeit zur Kenntnisnahme muss nur auf Anfrage eröffnet werden. Die Inhaltskontrolle erfolgt (unmittelbar) nur nach § 307 BGB. Im Rahmen des § 307 BGB werden aber auch die nach §§ 308, 309 BGB verbotenen Klauseln geprüft. Sie sind zwar nicht nach §§ 308, 309 BGB unwirksam, können es aber nach § 307 BGB sein. Nach der Rechtsprechung begründet eine Klausel, die gegen § 309 BGB verstößt, die Vermutung, dass die Klausel auch im Verkehr zwischen Unternehmern nach § 307 BGB unwirksam ist. → *Unternehmer* → *Kaufmann*

Widersprechende Im kaufmännischen Verkehr kommt es häufig vor, dass die Parteien **unterschiedliche AGB** haben. Hier ist zu entscheiden, welche AGB gelten. Die Rechtsprechung geht davon aus, dass beide AGB-Werke gelten, soweit sie übereinstimmen („Kongruenzgeltung“). Anderenfalls gelten weder die AGB der einen

noch die der anderen Seite, sondern die Regelungen des BGB, des HGB und der anderen Gesetze.

Abwehrklausel In der kaufmännischen Praxis werden in AGB bisweilen Abwehrklauseln mit folgendem Inhalt verwendet: „Für den Vertrag gelten ausschließlich unsere Lieferbedingungen. Der Geltung anderer Bedingungen wird widersprochen, auch wenn diese Bedingungen unseren Lieferbedingungen nicht widersprechen.“ Nach der Rechtsprechung sind derartige Klauseln wirksam, und zwar auch in AGB. Sie haben zur Folge, dass die AGB der anderen Partei (überhaupt) nicht gelten, und zwar unabhängig davon, ob ein Widerspruch zwischen den beiden AGB vorliegt. Sollten beide Seiten Abwehrklauseln verwenden, gelten weder die AGB der einen noch die der anderen Seite, sondern die gesetzlichen Bestimmungen des BGB, HGB usw. Abweichend davon behält ein in den AGB des Verkäufers enthaltener Eigentumsvorbehalt aber seine Wirkung.

→ *Eigentumsvorbehalt*

Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Als „sonstiges Recht“ im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB ist das Allgemeine Persönlichkeitsrecht (APR) anerkannt, abgeleitet aus Art. 1, 2 GG (Grundgesetz). Es beinhaltet das Recht des Einzelnen auf Achtung seiner individuellen Persönlichkeit durch den Staat, aber auch im privaten Rechtsverkehr. Eine Verletzung kann einen Schadensersatzanspruch begründen. → *Widerrechtlichkeit*

Allgemeines Schadensrecht

Das allgemeine Schadensrecht ist in den §§ 249 ff. BGB geregelt. Bei diesen Vorschriften handelt es sich *nicht* um Anspruchsgrundlagen. Die §§ 249 ff. BGB regeln (nur) Art, Inhalt und Umfang eines Schadensersatzanspruchs. Sie kommen erst zur Anwendung, wenn aufgrund einer Anspruchsgrundlage (z. B. §§ 280 Abs. 1, 823 Abs. 1, 831 Abs. 1 BGB) „dem Grunde nach“ ein Anspruch auf Schadensersatz besteht und es (nur noch) um die Ausgestaltung des Anspruchs geht.

→ *Pflichtverletzung* → *Deliktsrecht* → *Verrichtungsgehilfe*

Anfechtung

Die Anfechtung ist ein Gestaltungsrecht. Ein anfechtbares Rechtsgeschäft ist wirksam. Es besteht aber die „Gefahr“, dass das Rechtsgeschäft angefochten und damit nichtig wird (§ 142 Abs. 1 BGB). Erfolgt keine oder keine rechtzeitige Erklärung der Anfechtung, bleibt das Rechtsgeschäft trotz Vorliegens eines Anfechtungsgrundes wirksam. → *Ausschlussfrist* → *Gestaltungsrechte* → *Verjährung*

Anfechtungsgründe

Inhaltsirrtum § 119 Abs. 1, 1. Fall BGB: Hier erklärt jemand, was er erklären will, er erklärt *damit* aber *etwas anderes*, als er will, weil der verwendete Ausdruck eine andere Bedeutung hat, als der Erklärende meint.

Erklärungsirrtum § 119 Abs. 1, 2. Fall BGB: Hier erklärt jemand etwas anderes, als er erklären will, weil er sich versieht: Es handelt sich um die sogenannten „Ver-Fälle“: Verschreiben, Versprechen, Vertippen, Vergreifen usw. (aber nicht Ver-loben, Ver-heiraten!)

Eigenschaftsirrtum § 119 Abs. 2 BGB: Irrtum über eine verkehrswesentliche Eigenschaft einer Person oder einer Sache: *Eigenschaften* einer Sache sind alle wertbildenden Faktoren, Eigenschaften von Personen sind zum Beispiel Alter, Sachkunde und Zuverlässigkeit. Eine Eigenschaft ist *verkehrswesentlich*, wenn sie für das *konkrete* Rechtsgeschäft von Bedeutung ist.

Übermittlungsfehler § 120 BGB: Falsche Übermittlung einer Erklärung: Beim Empfänger kommt etwas anderes an, als der Absender auf den Weg gebracht hat, weil die Erklärung auf dem Transport einen anderen Inhalt erhält.

Arglistige Täuschung § 123 Abs. 1, 1. Fall BGB: Die arglistige Täuschung setzt eine Täuschung zum Zwecke der Herbeiführung oder der Aufrechterhaltung eines Irrtums voraus. Beispiele bilden falsche Angaben des Verkäufers eines Gebrauchtwagens zur Unfallfreiheit oder zur bisherigen Laufleistung des Fahrzeuges, die Vorlage gefälschter Zeugnisse bei der Einstellung oder eine „frisierte Bilanz“ beim Unternehmenskauf.

Widerrechtliche Drohung § 123 Abs. 1, 2. Fall BGB: Widerrechtliche Drohung: Hier geht es nicht um einen Irrtum, sondern darum, dass jemand durch eine widerrechtliche Drohung zur Abgabe einer Willenserklärung veranlasst wird. Unter *Drohung* versteht man die Ankündigung der Herbeiführung (die „Inaussichtstellung“) eines empfindlichen Übels. Die *Widerrechtlichkeit* ist gegeben, wenn zwischen der Drohung und dem Übel eine „verwerfliche Zweck-Mittel-Relation“ besteht. Das bedeutet, dass nicht jede Drohung ein Anfechtungsrecht begründet.

Anfechtungserklärung

Nach § 143 Abs. 1 BGB erfolgt die Anfechtung durch Erklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner. Bei einem Vertrag ist dies der andere Vertragsteil (§ 143 Abs. 2 BGB).

Anfechtungsfrist

Wird die Anfechtung auf §§ 119, 120 BGB gestützt, muss die Erklärung der Anfechtung nach § 121 Abs. 1 BGB „*ohne schuldhaftes Zögern (unverzüglich)*“ erfolgen, nachdem der Anfechtungsberechtigte vom Anfechtungsgrund Kenntnis erlangt hat. Wird die Anfechtung auf eine arglistige Täuschung oder widerrechtliche Drohung gestützt (§ 123 BGB), beträgt die Anfechtungsfrist ein Jahr. Diese Frist beginnt mit der Entdeckung der Täuschung oder Ende der Zwangslage zu laufen (§ 124 Abs. 1 BGB); sie beträgt höchstens zehn Jahre ab Abgabe der durch die Täuschung oder Drohung ausgelösten Willenserklärung (§ 124 Abs. 3 BGB).

→ *Ausschlussfrist*

Anfechtung, Wirkung

Im Falle einer wirksamen Anfechtung wird das Rechtsgeschäft so behandelt, als sei es von Anfang an nichtig gewesen (§ 142 Abs. 1 BGB, „ex tunc“). Eine Ausnahme gilt für die Anfechtung von Arbeitsverträgen. Hier wirkt die Anfechtung *nicht* zurück, sondern gilt nur für die Zukunft („ex nunc“).

Sind im Falle einer Anfechtung bereits Leistungen ausgetauscht worden, erfolgt die Rückabwicklung nach den Vorschriften über die *ungerechtfertigte Bereicherung* (§§ 812 ff. BGB). → *Ungerechtfertigte Bereicherung* → *Gestaltungsrechte* → *Kündigung* → *Rücktritt* → *Widerruf*

Angebot (Antrag)

Ein Angebot (Antrag) ist eine Erklärung, die auf den Abschluss eines Vertrags gerichtet ist. Die Erklärung muss alle wesentlichen Vertragsinhalte enthalten, nämlich die Parteien des Vertrags, die Leistung der einen Seite und die Gegenleistung der anderen Seite, sodass der Vertrag durch ein einfaches „Ja“ der anderen Seite zustande kommen kann. Erforderlich ist außerdem, dass der Anbietende sich rechtlich binden will (Rechtsbindungswille, Rechtsfolgewille). Abgekürzt kann man von P/L/GL + RBW (für Parteien, Leistung, Gegenleistung und Rechtsbindungswille) sprechen. → *Annahme* → *invitatio ad offerendum* → *Willenserklärung* → *Vertrag* → *Letter of Intent* (LOI)

Angemessene Frist

Eine dem Schuldner gesetzte Frist (§§ 281 Abs. 1, 323 Abs. 1 BGB) ist angemessen, wenn der Schuldner die Möglichkeit hat, seine im Wesentlichen vorbereitete Leistung nunmehr zu erbringen. Er soll seine schon begonnene Leistung beenden können. Die Länge der Frist muss bestimmt oder zumindest *bestimmbar* sein. Nach neuerer Rechtsprechung kann es für eine Fristsetzung ausreichen, wenn der Gläubiger den Schuldner auffordert, die Leistung oder die Nacherfüllung „in angemessener Zeit“, „umgehend“ oder „so schnell wie möglich“ zu bewirken. Damit werde, so der BGH, eine zeitliche Grenze gesetzt, die aufgrund der jeweiligen Umstände des Einzelfalls bestimmbar sei.

Annahme

Begriff Die Annahme ist eine Willenserklärung. Sie muss sich auf ein vorhergehendes Angebot beziehen und durch ein bloßes „Ja“ oder „Einverstanden“ oder in ähnlicher Weise erfolgen.

Verspätete Annahme Eine Annahme ist verspätet, wenn sie nach Ablauf der *Annahmefrist* erfolgt. Eine verspätete Annahme gilt als *neuer* Antrag (§ 150 Abs. 1 BGB) → *Angebot*.

Geänderte Annahme Eine Annahme unter Erweiterungen, Einschränkungen oder sonstigen Änderungen gilt nach § 150 Abs. 2 BGB als Ablehnung verbunden mit einem neuen Antrag. → *Angebot*

Annahmefrist

Begriff Die Annahmefrist beschreibt den Zeitraum, in dem der Anbietende an sein Angebot gebunden ist (§ 145 BGB). Nach Ablauf der Frist erlischt das Angebot (§ 146 BGB). Eine Annahme ist *rechtzeitig*, wenn sie innerhalb der nach §§ 147–149 BGB zu bestimmenden Frist dem Anbietenden zugeht. Ausnahmen können nach § 151 BGB bestehen.

Unter Anwesenden Das einem Anwesenden gemachte Angebot muss („kann nur“) sofort angenommen werden (§ 147 Abs. 1 BGB). Anderenfalls erlischt es (§ 146 BGB). Dies gilt gemäß § 147 Abs. 1 S. 2 BGB auch für telefonische Angebote, aber nicht bei Angeboten per E-Mail oder Fax.

Unter Abwesenden Das einem Abwesenden gemachte Angebot muss innerhalb der Annahmefrist nach § 147 Abs. 2 BGB angenommen werden. Für die Berechnung der Frist gilt die „TÜR-Formel“: **T**ransport + **Ü**berlegung und Bearbeitung + **R**ücktransport = Annahmefrist.

Gesetzte Annahmefrist Nach § 148 BGB kann der Antragende für die Annahme seines Angebots eine Annahmefrist setzen. Diese Frist geht den Fristen nach § 147 Abs. 1 BGB und § 147 Abs. 2 BGB vor.

Antrag

→ *Angebot*

Anwartschaftsrecht

Das Anwartschaftsrecht entsteht, wenn eine Sache unter *Eigentumsvorbehalt* veräußert wird (§§ 929 S. 2, 158 Abs. 1 BGB). Es ist ein „wesensgleiches *Minus*“ zum Eigentum: „*Wesensgleich*“, weil es sich – wie beim Eigentum – um ein absolutes (dingliches) Recht handelt, „*Minus*“, weil es noch kein vollwertiges Eigentum ist. Auf das Anwartschaftsrecht finden die Vorschriften über das Eigentum entsprechend (*analog*) Anwendung: Das Anwartschaftsrecht kann deshalb gemäß §§ 929 ff. BGB analog von seinem Inhaber auf einen anderen übertragen werden. Wird einem Anwartschaftsberechtigten der unmittelbare Besitz an der Sache entzogen, steht ihm gegen den Besitzer ein Herausgabeanspruch gemäß §§ 985, 986 BGB analog zu.

→ *Eigentumsvorbehalt* → *Absolute Rechte*

Auflassung

Nach § 925 Abs. 1 BGB muss die zur Übereignung eines Grundstücks erforderliche Einigung bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile (Eigentümer und Erwerber) vor einer zuständigen Stelle erklärt werden. Diese Einigung wird „*Auflassung*“ genannt. Zuständige Stelle ist nach § 925 Abs. 1 S. 2 BGB ein Notar. Eigentümer und Erwerber können sich bei Abgabe der Auflassungserklärung vertreten lassen.

→ *Grundstücksrecht* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen*

→ *Auflassungsvormerkung*

Auflassungsvormerkung

Da zwischen dem Abschluss eines notariellen Kaufvertrags über ein Grundstück (§ 311b Abs. 1 BGB) und der Eintragung des Erwerbes im Grundbuch („Umschreibung“) oft mehrere Monate vergehen, ist es sinnvoll, zur Sicherung des Eigentumserwerbs eine Vormerkung (§§ 873 Abs. 1, 883 Abs. 1 BGB) in das Grundbuch eintragen zu lassen. Die sogenannte *Auflassungsvormerkung* sichert den späteren Erwerb des Eigentums durch den Vormerkungsberechtigten (Käufer). Mithilfe der Vormerkung können auch zwischenzeitlich eingetragene Belastungen des Grundstücks (Hypothek, Grundschuld) wieder gelöscht werden. Die Vormerkung ist allerdings mit zusätzlichen Kosten für die Eintragung und die spätere Löschung verbunden. → *Auflassung* → *Grundstücksrecht* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen*

Aufrechnung

Die Aufrechnung ist ein Gestaltungsrecht. Nach § 387 BGB kann die Aufrechnung erklärt werden, wenn zwei Personen einander Leistungen schulden, die ihrem Gegenstand nach gleichartig sind (insbesondere Geldleistungen), wenn der Aufrechnende die ihm gebührende Leistung fordern (sein Anspruch muss fällig sein) und er die ihm obliegende Leistung bewirken kann. Wird die Aufrechnung erklärt (§ 388 BGB), erlöschen die Forderungen, soweit sie sich decken (§ 389 BGB). → *Gestaltungsrechte*

Auslegung

→ *Willenserklärung: Auslegung*

Verträge Bei der *Auslegung eines Vertrags* gemäß §§ 133, 157 BGB ist vom *Wortlaut* des Vertragstextes auszugehen, außerdem ist der *Zweck des Vertrags* zu berücksichtigen.

Ausschlussfrist

Begriff Lässt der Berechtigte eine Ausschlussfrist verstreichen, erlischt das Recht. Der Ablauf einer Ausschlussfrist ist vom Gericht „von Amts wegen“ zu beachten.

Beispiele Ausschlussfristen sind die Anfechtungsfristen der §§ 121 und 124 BGB und die Frist für eine fristlose Kündigung eines Dienstverhältnisses nach § 622 Abs. 2 BGB. Eine weitere Ausschlussfrist enthält § 377 Abs. 1 HGB. Ebenfalls eine Ausschlussfrist ist die dreiwöchige Klagefrist nach § 4 KSchG (Kündigungsschutzgesetz), nur unter sehr engen Voraussetzungen wird eine Klage nach Ablauf der drei Wochen zugelassen (§ 5 KSchG). → *Verjährung* → *Kaufmännische Rügeobliegenheit* → *Kündigung: Außerordentliche*

Bedingung

Jedes Rechtsgeschäft (> Rechtsgeschäft) kann unter eine *aufschiebende* oder *auflösende* Bedingung gesetzt werden. Dabei wird das Wirksamwerden der Willenserklärung von einem zukünftigen Ereignis, dessen Eintritt zum Zeitpunkt des

Rechtsgeschäfts noch ungewiss ist, abhängig gemacht. Bei einer *aufschiebenden* Bedingung gemäß § 158 Abs. 1 BGB wird das Rechtsgeschäft erst mit Eintritt der Bedingung wirksam. Bei einer *auflösenden* Bedingung gemäß § 158 Abs. 2 BGB erlischt das zunächst wirksame Rechtsgeschäft mit dem Eintritt der Bedingung. Beispiel: Beim > Eigentumsvorbehalt wird die Übertragung des Eigentums an einer Sache gemäß § 929 S. 1 BGB unter die aufschiebende Bedingung (§ 158 Abs. 1 BGB) der vollständigen Kaufpreiszahlung gestellt. Das heißt, der Erwerber wird erst dann Eigentümer der Sache, wenn diese Bedingung eintritt.

Beschränkte dingliche Rechte

Neben dem Eigentum als Vollrecht an einer Sache gibt es *beschränkte dingliche Rechte*, die sich auf einen bestimmten Ausschnitt des „Vollrechts“ Eigentum beziehen. Auch diese Rechte bestehen wie das Eigentum gegenüber jedermann (*inter omnes, lat. = zwischen allen*). Beispiele bilden Hypothek und Grundschuld, die jeweils ein Verwertungsrecht an einem Grundstück begründen. → *Dingliche Rechte* → *Hypothek* → *Grundschuld*

Besitz

Begriff Der Begriff „*Besitz*“ drückt die *tatsächliche* Beziehung einer Person zu einer Sache aus (vgl. § 854 Abs. 1 BGB zum Besitzerwerb). Besitzer ist derjenige, der die *tatsächliche* Gewalt über eine Sache ausübt („derjenige, der die Sache hat“).

Unmittelbarer Besitz Wenn das BGB von „*Besitz*“ spricht, ist der *unmittelbare* Besitz gemeint. Hier geht es ausschließlich um die *tatsächliche* Beziehung der Person zur Sache. Der unmittelbare Besitz wird nach § 854 Abs. 1 BGB durch die Erlangung der *tatsächlichen Gewalt* über die Sache erworben, wenn ein Besitzbegründungswille vorliegt.

Mittelbarer Besitz Wenn jemand aufgrund eines *Miet- oder Verwahrungsvertrags* oder eines ähnlichen Vertrags (*Leihvertrag, Leasingvertrag*) unmittelbarer Besitzer einer Sache ist, so ist der andere (Vertragspartner) *mittelbarer* Besitzer dieser Sache (§ 868 BGB). Zwischen den Parteien besteht dann ein Besitzmittlungsverhältnis (auch „*Besitzkonstitut*“ genannt) → *Leasingvertrag*

Besitzmittlungsverhältnis Ein Besitzmittlungsverhältnis (Besitzkonstitut) wird durch den Abschluss eines Miet-, Verwahrungs- oder ähnlichen Vertrags (Leihvertrag, Leasingvertrag) begründet (§ 868 BGB). Im Fall des Mietvertrags ist der Mieter der unmittelbare Besitzer, der Vermieter der mittelbare Besitzer. Beim Leihvertrag ist der Entleiher der unmittelbare Besitzer, der Verleiher der mittelbare Besitzer.

→ *Sicherungsübereignung*

Besitzdiener

Arbeitnehmer, die den Weisungen des Arbeitgebers in Bezug auf die Nutzung einer dem Arbeitgeber gehörenden Sache unterliegen, sind keine Besitzer, sondern (nur) Besitzdiener (§ 855 BGB). Unmittelbarer Besitzer ist der Arbeitgeber, auch wenn er keine tatsächliche Sachherrschaft hat (also abweichend zu § 854 Abs. 1 BGB).

Besitzkonstitut

→ *Besitz: Besitzmittlungsverhältnis*

Besitzmittlungsverhältnis

→ *Besitz: Besitzmittlungsverhältnis*

Beweislastumkehr

Bedeutung Abweichend vom Grundsatz, dass jede Partei in einem Prozess die für sie günstigen Tatsachen darlegen und ggf. beweisen muss, ordnet das Gesetz in bestimmten Fällen eine *Umkehr der Beweislast* an.

Pflichtverletzung Der wohl wichtigste Fall einer Beweislastumkehr ist § 280 Abs. 1 S. 2 BGB: Wenn eine (objektive) Pflichtverletzung vorliegt, wird hier vermutet, dass der Schuldner die Pflichtverletzung auch (subjektiv) zu vertreten hat. Der Gläubiger muss zu dieser Vermutung nichts vortragen oder beweisen. Vielmehr muss der Schuldner die Vermutung widerlegen, indem er beweist, dass er die Pflichtverletzung *nicht* zu vertreten hat (§ 280 Abs. 1 S. 2 BGB).

Verrichtungsgehilfe Wenn ein Verrichtungsgehilfe einen anderen widerrechtlich schädigt, wird nach § 831 Abs. 1 S. 2 BGB vermutet, dass den Geschäftsherrn ein Verschulden bezüglich der Auswahl oder der Überwachung des Verrichtungsgehilfen trifft. Der Geschäftsherr muss deshalb beweisen, dass dies nicht der Fall ist. Er muss sich entlasten („exkulpieren“).

Verbrauchsgüterkauf Eine weitere Beweislastumkehr enthält § 476 BGB für den Verbrauchsgüterkauf: Tritt innerhalb von sechs Monaten nach Gefahrübergang (z. B. Lieferung) ein Sachmangel auf, wird vermutet, dass die Kaufsache bereits bei Gefahrübergang mangelhaft war.

→ *Verrichtungsgehilfe: Exkulpation* → *Sachmangel: Kerntheorie*

→ *Entlastungsbeweis* → *Verbrauchsgüterkauf*

Bringschuld

Eine Bringschuld liegt vor, wenn der Verkäufer die Kaufsache selbst zum Käufer transportieren oder durch Dritte transportieren lassen muss. Der Transport der Ware ist Teil der Pflicht des Verkäufers aus dem Kaufvertrag. Der Verkäufer trägt deshalb das Transportrisiko. → *Holschuld* → *Schickschuld*

Bürgschaft

Begriff Durch den Bürgschaftsvertrag verpflichtet sich der Bürge gemäß § 765 Abs. 1 BGB gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten (auch „*Hauptschuldner*“ genannt) einzustehen. → *Kreditsicherung*
→ *Schuldbeitritt* → *Garantievertrag, Selbständiger* → *Patronatserklärung*

Bürgschaftsvertrag Der Bürgschaftsvertrag kommt durch eine Einigung zwischen dem „Gläubiger eines Dritten“ und dem Bürgen zustande. An dieser Einigung ist der

Dritte (Hauptschuldner) nicht beteiligt. Er wird auch nicht Partei des Bürgschaftsvertrags. Die Übernahme der Bürgschaft erfolgt allerdings in der Regel auf Veranlassung des Dritten (Hauptschuldners).

Schriftform, Anforderungen Nach § 766 S. 1 BGB muss die *Erklärung des Bürgen* schriftlich erteilt werden. Die damit geforderte Einhaltung der Schriftform nach § 126 Abs. 1 BGB verlangt, dass dem Gläubiger das vom Bürgen unterzeichnete *Originaldokument* übergeben wird. Nicht ausreichend ist deshalb die Übernahme der Bürgschaft per Fax, selbst wenn dieses vor dem Versenden eigenhändig unterschrieben worden ist. Die Erklärung der anderen Seite (Gläubiger) ist hingegen an keine Form gebunden, kann also auch mündlich oder konkludent erfolgen. Wird die Schriftform der Bürgschaftserklärung nicht eingehalten, ist der Bürgschaftsvertrag nach § 125 S. 1 BGB wegen Formmangels *nichtig*. Der Vertrag wird aber gemäß § 766 S. 3 BGB nachträglich wirksam, *soweit* der Bürge – etwa in Unkenntnis der Unwirksamkeit – Zahlungen an den Gläubiger leistet. Der Formmangel wird allerdings nur in dem Umfang („*soweit*“) geheilt, in dem der Bürge tatsächlich zahlt. Für den noch nicht bezahlten Teilbetrag bleibt der Bürgschaftsvertrag nichtig.

Schriftform, Ausnahme Eine Ausnahme zur Formvorschrift des § 766 S. 1 BGB enthält § 350 HGB. Danach bedarf die Erklärung des Bürgen keiner Form, wenn die *Übernahme der Bürgschaft für den Bürgen ein Handelsgeschäft* ist (§§ 343, 344 HGB). In diesem Fall kann die Bürgschaftserklärung auch per Fax, E-Mail oder mündlich abgegeben werden. → *Handelsgeschäft* → *Kaufmann*

Akzessorietät Die Bürgschaft ist akzessorisch. Das bedeutet, dass die Bürgschaft nur besteht, wenn die gesicherte Forderung (die Hauptverbindlichkeit) besteht. „Ohne Forderung keine Bürgschaft!“ Für den Umfang ist nach § 767 Abs. 1 BGB der *jeweilige Bestand dieser Forderung* (Hauptverbindlichkeit) maßgebend.

→ *Hypothek* → *Grundschuld*

Höchstbetragsbürgschaft Die Übernahme einer Höchstbetragsbürgschaft hat in der Regel zur Folge, dass der Bürge – abweichend von § 767 Abs. 1 S. 2 BGB – auch dann nicht über den vereinbarten Höchstbetrag hinaus haftet, wenn sich die Hauptverbindlichkeit durch Verschulden oder Verzug des Hauptschuldners erhöht. Außerdem ist eine Regelung in AGB unwirksam, nach der sich die Bürgschaft auch dann auf die Zinsen, Provisionen und Kosten erstreckt, die in Zusammenhang mit der gesicherten Forderung entstehen, wenn dadurch der vereinbarte Höchstbetrag überschritten wird. → *Allgemeine Geschäftsbedingungen*

Einrede der Vorklage Der Bürge soll nach der Vorstellung des Gesetzgebers nur „im Notfall“ haften. Deshalb kann der Bürge nach § 771 BGB die Befriedigung (Bezahlung) des Gläubigers so lange verweigern, bis der Gläubiger eine erfolglose Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner versucht hat. Diese „*Einrede der Vorklage*“ muss der Bürge „*erheben*“. Anderenfalls wird dieses Gegenrecht des Bürgen vom Gericht nicht beachtet. In der Praxis ist die Einrede der Vorklage oft *ausgeschlossen*. Dies ist schon dann der Fall, wenn der Bürge ein Formular unterzeichnet, durch das er eine *selbstschuldnerische Bürgschaft* übernimmt. In der

Übernahme einer solchen Bürgschaft liegt gemäß § 773 Abs. 1 Nr. 1 BGB ein Verzicht auf die Einrede der Vorklage. Die Einrede ist nach § 349 HGB auch dann ausgeschlossen, wenn die Übernahme der Bürgschaft für den Bürgen ein Handelsgeschäft ist. → *Handelsgeschäft* → *Kaufmann*

Selbstschuldnerische Bürgschaft → *Bürgschaft: Einrede der Vorklage*

Bürgschaft auf erstes Anfordern Bei der Bürgschaft auf erstes Anfordern muss der Bürge nach Erhalt einer formgebundenen Aufforderung des Gläubigers (Anforderungsschreiben mit festgelegtem Inhalt) sofort zahlen, ohne die Berechtigung der Inanspruchnahme vorab zu prüfen. Dies ist – wenn man so will – aus der Sicht des Bürgen die „gefährlichste Bürgschaftsart“. Die Übernahme einer solchen Bürgschaft auf einem Formular des Gläubigers ist nach § 307 BGB nichtig, wenn der Bürge nicht über eine besondere Geschäftserfahrung bezüglich dieser Bürgschaftsart verfügt. Als potenzielle Bürgen verbleiben deshalb vor allen Dingen Banken und Versicherungen. Ist die Übernahme der Bürgschaft auf erstes Anfordern nichtig, liegt nach der Rechtsprechung eine selbstschuldnerische Bürgschaft vor.

Ausfallbürgschaft Durch eine Ausfallbürgschaft verpflichtet sich der Bürge, (erst) für den *endgültigen* Ausfall der Hauptforderung einzustehen, also für das, was der Gläubiger trotz Anwendung gehöriger Sorgfalt, insbesondere durch Erhebung seines Anspruchs gegen den Gläubiger, durch Zwangsvollstreckung und Verwertung anderer Sicherheiten vom Hauptschuldner nicht erlangen kann. Eine Ausfallbürgschaft wird zum Beispiel von staatlichen Stellen zur Sicherung von Arbeitsplätzen übernommen.

Gewährleistungsbürgschaft Eine Gewährleistungsbürgschaft wird auf Veranlassung eines Unternehmers von dessen Bank übernommen, damit der Unternehmer einen sofortigen Anspruch auf Zahlung eines vertraglich bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist vereinbarten Einbehalts des Werklohns erhält.

Vertragserfüllungsbürgschaft Die Vertragserfüllungsbürgschaft dient der Absicherung eines Vertragspartners, der eine Vorleistung zu erbringen hat, etwa in Form einer Anzahlung auf den Kaufpreis.

Deklaratorisch

Eine Handlung ist *deklaratorisch* (rechtsbezeugend, rechtsbestätigend), wenn sie einen zuvor schon bestehenden Sachverhalt (lediglich) *bestätigt*. Beispiele sind die Eintragung eines Kaufmanns nach § 1 HGB in das Handelsregister: Derjenige, der ein Handelsgewerbe im Sinne des § 1 Abs. 2 HGB betreibt, ist nämlich bereits ohne Eintragung „Kaufmann“. Ein zweites Beispiel bildet die Bestellung der Prokura nach § 49 Abs. 1 HGB: Sind die Voraussetzungen dieser Vorschrift erfüllt, ist die Erteilung der Prokura sofort, also schon vor der Eintragung in das Handelsregister, wirksam. Die nach § 53 HGB vorzunehmende Eintragung hat nur deklaratorische Bedeutung. → *Konstitutiv*

Deliktsfähigkeit

Begriff Nur wer deliktsfähig ist, muss für einen Schaden aufkommen, den er einem anderen durch eine unerlaubte Handlung zufügt, also Schadensersatz leisten.

→ *Geschäftsfähigkeit* → *Rechtsfähigkeit*

Nicht deliktsfähig Nach § 828 Abs. 1 BGB sind *Kinder* unter sieben Jahren (bei Verkehrsunfällen unter zehn Jahren, § 828 Abs. 2 BGB) nicht deliktsfähig.

Beschränkt deliktsfähig Beschränkt deliktsfähig sind *Minderjährige* zwischen sieben (bzw. bei Verkehrsunfällen zehn) Jahren und 18 Jahren (§ 828 Abs. 3 BGB).

Deliktsrecht

Die §§ 823 bis 853 BGB bilden das Recht der unerlaubten Handlungen (auch „Deliktsrecht“ genannt). Sie regeln, unter welchen Voraussetzungen eine geschädigte Person von einem anderen Schadensersatz verlangen kann. Die Vorschriften bestimmen dabei – mit Ausnahme der §§ 842 ff. BGB – nur, *ob* ein Anspruch besteht, nicht aber, *wie* und *in welcher Höhe* Schadensersatz zu leisten ist. Art, Inhalt und Umfang des Anspruchs regeln neben §§ 842 ff. BGB insbesondere die §§ 249 ff. BGB.

Dienstvertrag

Der in §§ 611 ff. BGB geregelte Dienstvertrag umfasst zwei Typen von Dienstverträgen: Den einen Bereich bilden die *Arbeitsverträge*. Diese haben unselbstständige, abhängige Dienstleistungen zum Gegenstand. Für diese Verträge gilt das Arbeitsrecht. Die zweite Gruppe („Sonstige Dienstverträge“) enthält zum einen die Dienstverträge mit *selbstständig Tätigen*. Das sind Personen, die ihre Dienstleistung in wirtschaftlicher und sozialer Unabhängigkeit erbringen (Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer). Zu den „sonstigen Dienstverträgen“ gehören die Anstellungsverträge mit den Organen juristischer Personen, insbesondere mit dem Vorstand einer Aktiengesellschaft und mit den Geschäftsführern einer GmbH. → *Werkvertrag* → *GmbH*

Dingliche Rechte

→ *Absolute Rechte*

Dispositives Recht

Dispositives Recht steht „zur Disposition der Parteien“, es kann also vertraglich geändert oder sogar ganz ausgeschlossen werden. → *Zwingendes Recht*

Eigentum

Der Begriff „Eigentum“ drückt die *rechtliche* Beziehung einer Person zu einer Sache aus. Eigentümer ist derjenige, dem eine Sache *gehört*. Der Eigentümer ist nach § 903 BGB berechtigt, mit der Sache nach Belieben zu verfahren und andere von

jeder Einwirkung auszuschließen, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen. → *Besitz*

Eigentumserwerb an beweglichen Sachen

Begriff Der Eigentumserwerb an beweglichen Sachen kann sich aufgrund des Gesetzes (§§ 947 ff. BGB) oder durch Rechtsgeschäft vollziehen. Der *rechtsgeschäftliche* Eigentumserwerb nach § 929 S. 1 BGB beruht auf der *Einigung* der Parteien über den Eigentumsübergang. Das Eigentum geht über, weil der (bisherige) Eigentümer und der Erwerber diese Rechtsfolge wollen und sich deshalb entsprechend einigen. Neben der Einigung ist eine *Übergabe* der Sache an den Erwerber erforderlich (§ 854 Abs. 1 BGB). Außerdem muss der Veräußerer zur Übereignung *berechtigt* sein. → *Gesetzlicher Eigentumserwerb* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen*

Einigung Die Einigung nach § 929 S. 1 BGB ist ein sachenrechtlicher *Vertrag*, der durch Angebot und Annahme gemäß §§ 145 ff. BGB zustande kommt. Beim Erwerb beweglicher Sachen wird dieser Vertrag häufig durch konkludentes Verhalten geschlossen. Er ist von dem zugrunde liegenden schuldrechtlichen Vertrag, in der Regel ein Kaufvertrag, zu unterscheiden. → *Trennungsprinzip*

Übergabe, Regelfall Die Übergabe nach § 929 S. 1 BGB erfordert, dass der Erwerber den *unmittelbaren Besitz* an der Sache erlangt. Dies geschieht gemäß § 854 Abs. 1 BGB dadurch, dass der Erwerber die tatsächliche Gewalt über die Sache erwirbt und auch erwerben will. Hierbei handelt es sich *nicht* um einen Vertrag, sondern um einen *Realakt*, also eine tatsächliche Handlung. Die Übergabe kann ausnahmsweise nicht erforderlich sein (§ 929 S. 2 BGB) oder durch ein Übergabesurrogat (Übergabeersatz) ersetzt werden (§§ 930, 868 BGB; §§ 931, 398 BGB).

Übergabe, Sonderfall Im Fall des § 929 S. 2 BGB befindet sich die Sache, die übereignet werden soll, bereits beim Erwerber, zum Beispiel, weil er sie vom Eigentümer gemietet oder geleast hat. Hier müssen nach § 929 S. 1 BGB nur die Voraussetzungen *Einigung* und *Berechtigung* zur Übereignung vorliegen. Die Übergabe ist nicht erforderlich, weil der Erwerber bereits unmittelbarer Besitzer der Sache ist.

Besitzmittlungsverhältnis Nach § 930 BGB kann anstelle der Übergabe ein Besitzmittlungsverhältnis (auch „Besitzkonstitut“ genannt) vereinbart werden. Dies geschieht durch den Abschluss eines Vertrags mit dem Inhalt, dass der Erwerber (lediglich) den *mittelbaren* Besitz erlangt, während der Veräußerer *unmittelbarer* Besitzer bleibt. Beispiele finden sich in § 868 BGB. Praktisch wichtig sind Miet- und Leihverträge, bei denen der Erwerber der Vermieter/Verleiher ist, während der bisherige Eigentümer der Mieter/Entleiher ist. → *Besitz* → *Sicherungsübereignung*

Abtretung des Herausgabeanspruchs Wenn sich die zu übereignende Sache im unmittelbaren Besitz eines Dritten befindet, kann die nach § 929 S. 1 BGB für die Übereignung erforderliche Übergabe dadurch ersetzt werden, dass der (bisherige)

Eigentümer dem Erwerber den Herausgabeanspruch gegen den Dritten nach § 398 BGB abtritt.

Berechtigung Die Übereignung einer beweglichen Sache nach § 929 S. 1 BGB setzt neben der Einigung und der Übergabe die *Berechtigung zur Übereignung* voraus. Berechtigt ist der Eigentümer der Sache. In Ausnahmefällen ist der Eigentümer nicht zur Übereignung berechtigt, zum Beispiel nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§ 22 Abs. 1, 80 Abs. 1, 81 Abs. 1 InsO – Insolvenzordnung). → *Gutgläubiger Erwerb*

Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen

Die Übertragung des Eigentums an unbeweglichen Sachen erfordert nach §§ 873 Abs. 1, 925 Abs. 1 BGB die Einigung über den Übergang des Eigentums („*Auflassung*“ genannt), die *Eintragung* des Erwerbers in das Grundbuch und die *Berechtigung* des Veräußerers zur Übereignung. → *Auflassung* → *Grundbuch* → *Gesetzlicher Eigentumserwerb*

Eigentumsvorbehalt

Beim Eigentumsvorbehalt behält sich der Eigentümer das Eigentum bis zum Eintritt einer Bedingung vor, in der Regel bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises. Die rechtliche Konstruktion basiert auf §§ 929 S. 1, 158 Abs. 1 BGB. Die Einigung zur Übertragung des Eigentums wird von der Bedingung der vollständigen Zahlung des Kaufpreises abhängig gemacht. Der Käufer wird in der Regel bereits *unmittelbarer Besitzer* der Sache (§ 854 Abs. 1 BGB) und erhält ein *Anwartschaftsrecht*; der Verkäufer bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises Eigentümer der Ware. → *Anwartschaftsrecht* → *Verlängerter Eigentumsvorbehalt*

Entlastungsbeweis

Der Schuldner muss den Entlastungsbeweis führen, um ein vom Gesetz vermutetes Vertretenmüssen bzw. Verschulden zu widerlegen. Beispiele für ein vermutetes Vertretenmüssen bilden § 280 Abs. 1 S. 2 BGB. Ein Beispiel für ein vermutetes Verschulden bildet § 831 Abs. 1 S. 2 BGB. Gelingt dem Schuldner der Entlastungsbeweis nicht, bleibt die gesetzliche Vermutung bestehen. → *Beweislastumkehr* → *Verrichtungsgehilfe: Exkulpation*

Erforderlicher Geldbetrag

In Fällen der Körperverletzung und der Sachbeschädigung macht der Geschädigte (Gläubiger) in aller Regel von dem ihm durch § 249 Abs. 2 BGB eingeräumten Wahlrecht Gebrauch und verlangt statt der vom Schädiger nach § 249 Abs. 1 S. 1 BGB geschuldeten Herstellung den für die Herstellung *erforderlichen* Geldbetrag („fiktive Reparaturkosten“). Dieser Betrag ist im Falle der Sachbeschädigung auch dann zu zahlen, wenn die Reparatur nicht oder nicht vollständig durchgeführt wird. Es erfolgt dann eine Abrechnung auf „Gutachterbasis“. Dies ist zulässig, da der

Geschädigte einen Anspruch auf den für die Reparatur *erforderlichen* Geldbetrag hat, unabhängig davon, ob er die Reparatur tatsächlich durchführt.

Die Umsatzsteuer ist nach § 249 Abs. 2 S. 2 BGB aber nur in der Höhe zu erstatten, in der sie tatsächlich angefallen ist.

Ein Anspruch auf den Ersatz der „fiktiven Reparaturkosten“ besteht nicht, wenn diese den Wert der beschädigten Sache, z. B. eines Pkw, übersteigen und somit ein wirtschaftlicher Totalschaden vorliegt. In diesem Fall wird nur der Zeitwert des Fahrzeuges ersetzt. Wird die Reparatur ordnungsgemäß *durchgeführt*, gewährt die Rechtsprechung aber einen Anspruch von bis zu 30 % über dem Zeitwert des Fahrzeuges.

Erfüllungsgehilfe

Erfüllungsgehilfen sind alle Personen, die mit dem Willen des Schuldners zur Erfüllung einer dem Schuldner obliegenden Verbindlichkeit tätig werden (§ 278 BGB). Dies können *Arbeitnehmer* des Schuldners sein, aber auch selbstständige *Unternehmer*, zum Beispiel *Subunternehmer*. Die Qualifizierung als Erfüllungsgehilfe gilt aber immer *nur gegenüber dem Gläubiger des Schuldners*, nicht gegenüber dritten Personen (Passanten, Nachbarn, sonstige Dritte), weil diesen gegenüber kein Schuldverhältnis besteht. § 278 BGB ist *keine Anspruchsgrundlage*. Dem Schuldner wird lediglich das Verschulden seines Erfüllungsgehilfen wie eigenes Verschulden zugerechnet. → *Verrichtungsgehilfe*

Etwas erlangt

„Etwas erlangt“ im Sinne des § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Fall BGB ist jeder Vermögenszuwachs. Um festzustellen, ob ein Vermögenszuwachs vorliegt, ist das Vermögen vor und nach der maßgeblichen Handlung zu vergleichen. Hat ein Zuwachs stattgefunden, ist das Merkmal „etwas erlangt“ erfüllt. Neben einer Erhöhung der Aktiva kommt auch eine Verringerung der Passiva in Betracht. → *Leistung*
→ *Ohne rechtlichen Grund* → *Ungerechtfertigte Bereicherung*

Exkulpation

→ *Entlastungsbeweis*

Factoring

Echtes Factoring Beim *echten Factoring* kauft ein Factoringunternehmen (Factor) eine bestimmte, einige oder alle Forderungen eines Unternehmens gegen dessen Schuldner (Rechtskauf: § 453 BGB). Zur Erfüllung des Kaufvertrags werden die gekauften Forderungen nach § 398 BGB vom bisherigen Inhaber (Verkäufer) an den Factor (Käufer) abgetreten. Das Risiko, ob sich die Forderungen als werthaltig erweisen und durchsetzbar sind, trägt der Factor.

Unechtes Factoring Beim *unechten Factoring* behält das übertragende Unternehmen das Risiko der Durchsetzbarkeit der Forderung. Scheitert die Durchsetzung, ist der bereits gezahlte Kaufpreis gegen Rückabtretung der Forderung zurückzuzahlen. Die

(zunächst nur vorläufige) Gutschrift wird rechtlich als Kreditgeschäft bewertet.

→ *Abtretung*

Fahrlässigkeit

Einfache (leichte) Fahrlässigkeit Die einfache (leichte) Fahrlässigkeit ist in § 276 Abs. 2 BGB definiert. Danach handelt fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt. Damit ist gemeint, wer nicht so aufpasst, wie es in der konkreten Situation erforderlich ist. Mit „Verkehr“ ist nicht etwa nur der „Autoverkehr“, sondern der gesamte Rechts- und Geschäftsverkehr gemeint. → *Vorsatz*

Grobe Fahrlässigkeit Der Begriff der groben Fahrlässigkeit ist im BGB nicht definiert. Ausgehend von der gesetzlichen Definition der einfachen Fahrlässigkeit in § 276 Abs. 2 BGB handelt grob fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in *besonders schwerer Weise außer Acht lässt*. Diese Definition entspricht § 276 Abs. 2 BGB mit dem Einschub „in besonders schwerer Weise“. → *Vorsatz* → *Gutgläubiger Erwerb an beweglichen Sachen: Kfz-Brief*

Fiktive Reparaturkosten

→ *Erforderlicher Geldbetrag*

Franchisevertrag

Durch den Franchisevertrag räumt ein Unternehmer (Franchisegeber) einem anderen Unternehmer (Franchisenehmer) das Recht ein, gegen Zahlung einer laufenden Franchisegebühr bestimmte Waren oder Dienstleistungen unter Nutzung der Marke, der Geschäftsform, der Vertriebsmethoden und des Know-how des Franchisegebers zu vertreiben. Beide Vertragspartner sind selbstständige Unternehmer, die *im eigenen Namen und auf eigene Rechnung* handeln. Die Bindung der Franchisenehmer an die Vorgaben des Franchisegebers kann aber sehr eng sein. → *Unternehmer* → *Kaufmann*

Fristsetzung

→ *Angemessene Frist*

Garantie, unselbstständige

Übernimmt der Verkäufer, der Hersteller oder ein Dritter gemäß § 443 Abs. 1 BGB eine Garantie für die Beschaffenheit oder Haltbarkeit einer Sache, so stehen dem Käufer im Garantiefall *neben* den unverändert bestehenden gesetzlichen Ansprüchen gegenüber dem Verkäufer (§ 437 BGB) gegen den Garantiegeber *zusätzlich* die Rechte aus der Garantie zu. Der Umfang der Ansprüche ergibt sich aus der Garantieerklärung und der einschlägigen Werbung des Garantiegebers. Von der Garantie abzugrenzen sind bloße werbemäßige Anpreisungen und Zusagen, die sich nicht auf konkrete Eigenschaften beziehen. Besondere Regelungen für die Übernahme der Garantie bestehen nach § 477 BGB beim Verbrauchsgüterkauf.

→ *Verbrauchsgüterkauf*

Garantievertrag, selbstständiger

Durch den im BGB nicht geregelten Garantievertrag verpflichtet sich der Garant, für den Eintritt eines bestimmten Erfolges einzustehen oder die Gefahr eines künftigen Schadens zu übernehmen. Der Garant muss den Erfolg nicht selbst herbeiführen oder die Gefahr konkret abwenden. Tritt der garantierte Erfolg nicht ein oder realisiert sich die Gefahr, ist der Garant aber zum Ausgleich verpflichtet. → *Kreditsicherung* → *Bürgschaft* → *Schuldbeitritt* → *Patronatserklärung*

GbR

Die in den §§ 705 ff. BGB geregelte Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR, früher „BGB-Gesellschaft“) ist der Grundtyp der Personengesellschaften. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) ist die GbR rechtsfähig, wenn sie als „Außen-GbR“ am Geschäftsverkehr teilnimmt. Ist das der Fall, wird die GbR Vertragspartner und haftet mit ihrem Gesellschaftsvermögen für Verbindlichkeiten. Neben der GbR haften deren Gesellschafter als Gesamtschuldner für die Verbindlichkeiten der GbR (§ 128 HGB analog). → *Rechtsfähigkeit* → *Gesamtschuld* → *OHG* → *KG* → *GmbH*

Gesamtschuld

Nach § 421 S. 1 BGB liegt eine Gesamtschuld vor, wenn mehrere Personen eine Leistung in der Weise schulden, dass jeder die ganze Leistung erbringen muss, der Gläubiger die Leistung aber nur einmal fordern kann. Der Gläubiger kann die Leistung dann von jedem Schuldner ganz oder zum Teil fordern (Außenverhältnis). Im Innenverhältnis haften die Gesamtschuldner gemäß § 426 Abs. 1 BGB zu gleichen Anteilen („nach Köpfen“), soweit nicht ein anderes bestimmt ist. Eine Gesamtschuld kann sich aus einer vertraglichen Vereinbarung (mehrere Mieter) oder aus dem Gesetz (Gesellschafter GbR und OHG) ergeben. → *OHG* → *GbR*

Geschäftsfähigkeit

Begriff Geschäftsfähig ist, wer durch eigene Willenserklärungen wirksam Rechtsgeschäfte vornehmen kann. Dies können Verträge (zweiseitige Rechtsgeschäfte) oder einseitige Rechtsgeschäfte (Rücktritt, Widerruf, Kündigung, Anfechtung, Testament) sein. → *Rechtsfähigkeit* → *Deliktsfähigkeit*

Geschäftsunfähig Geschäftsunfähig sind Kinder unter sieben Jahren und Personen, die unter einer dauernden krankhaften Störung der Geistestätigkeit leiden (§ 104 BGB).

Beschränkt geschäftsfähig Beschränkt geschäftsfähig sind Personen, die zwischen sieben und 18 Jahre alt sind. Diese Personen nennt das BGB „*Minderjährige*“ (§§ 2, 106 BGB). Die von einem Minderjährigen abgegebene Willenserklärung ist wirksam, wenn der Minderjährige durch die Willenserklärung „*lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt*“. In einem solchen Fall bedarf der Minderjährige nach § 107 BGB keiner Einwilligung des gesetzlichen Vertreters.

Rechtlicher Vorteil Für die Frage, ob eine Willenserklärung lediglich rechtlich vorteilhaft ist, ist nur auf die *rechtlichen* Folgen der Willenserklärung abzustellen, nicht auf die *wirtschaftlichen* Folgen. Auch ein wirtschaftlich sehr günstiger Vertrag ist deshalb nicht nach § 107 BGB wirksam, wenn der Minderjährige irgendeine, auch noch so kleine Gegenleistung erbringen muss („rechtlicher Nachteil“). Das ist bei einem Schenkungsvertrag (§ 516 Abs. 1 BGB) nicht der Fall, wenn der Minderjährige der Beschenkte ist. Mittelbare Folgen (Steuern, Versicherungen) bleiben außer Betracht.

„Taschengeldparagraf“ Der von einem Minderjährigen geschlossene Vertrag ist nach § 110 BGB wirksam, wenn der Minderjährige die ihm obliegende Leistung vollständig mit ihm dafür überlassenen Mitteln erbracht *hat*. Im Fall eines Ratenkaufs muss also auch die letzte Rate gezahlt sein. § 110 BGB ist ein Sonderfall der Einwilligung nach § 107 BGB. Bei einem Mobilfunkvertrag führt eine Teilerfüllung zur Teilwirksamkeit. Zahlt der Minderjährige die Gebühren für einen bestimmten Monat, wird der Vertrag also für diesen Monat wirksam.

Voll geschäftsfähig Voll geschäftsfähig sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und damit volljährig sind (§ 2 BGB).

Gesetzlicher Eigentumserwerb

Begriff Beim gesetzlichen Eigentumserwerb gemäß §§ 946 bis 950 BGB vollzieht sich der Wechsel des Eigentums, weil bestimmte im Gesetz genannte Tatbestandsmerkmale vorliegen. Dagegen kommt es nicht darauf an, ob die Parteien den Eigentumswechsel wollen oder ob sie überhaupt wissen, dass das Eigentum übergeht. Dieser erfolgt vielmehr „von selbst“, also ohne und sogar gegen den Willen einer oder auch beider Parteien. Das Eigentum geht über, „*weil das Gesetz es will*.“ Ein vereinbarter Eigentumsvorbehalt erlischt, da die §§ 946 ff. BGB zwingendes Recht sind. → *Eigentumserwerb* → *Eigentumsvorbehalt* → *Zwingendes Recht*

Durch Verbindung mit einem Grundstück § 946 BGB regelt die Rechtsfolgen der Verbindung einer beweglichen Sache mit einem Grundstück. Sofern die Sache durch die Verbindung zum *wesentlichen Bestandteil des Grundstücks* wird, erstreckt sich das Eigentum an dem Grundstück auf diese Sache. Dies bedeutet, dass dem Eigentümer des Grundstücks nach der Verbindung auch die (bisher) bewegliche Sache gehört. Das Eigentum geht durch die Verbindung mit dem Grundstück vom bisherigen Eigentümer auf den Eigentümer des Grundstücks über, und zwar selbst dann, wenn die Parteien dies gar nicht wissen oder wollen. Da § 946 BGB zwingendes Recht ist, kann die Vorschrift durch eine Vereinbarung der Parteien nicht außer Kraft gesetzt werden. Ein vereinbarter Eigentumsvorbehalt erlischt deshalb. → *Eigentumsvorbehalt*

Wesentlicher Bestandteil – Allgemein Nach § 93 BGB sind wesentliche Bestandteile einer Sache solche Bestandteile, die nicht voneinander getrennt werden können, ohne dass der eine oder der andere zerstört oder in seinem Wesen verändert wird. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass eine Sache kein wesentlicher Bestandteil einer anderen Sache ist, wenn man die (Gesamt-)Sache auseinanderbauen kann und die

einzelnen Bestandteile danach noch zu gebrauchen sind. Dies gilt auch dann, wenn diese Sachen erst nach einer Verbindung mit anderen Sachen wieder benutzbar werden. Ein Motor ist deshalb – juristisch gesehen – kein wesentlicher Bestandteil eines Kraftfahrzeugs.

Wesentlicher Bestandteil – Gebäude Eine Sondervorschrift für Gebäude enthält § 94 BGB. Nach § 94 Abs. 1 BGB gehören zu den wesentlichen Bestandteilen eines Grundstücks die mit dem Grund und Boden fest verbundenen Sachen, insbesondere die *Gebäude*. Gebäude sind neben Häusern andere Baulichkeiten wie Brücken, Windkraftanlagen und Tiefgaragen. Voraussetzung ist eine *feste* Verbindung zwischen Gebäude und Grundstück. Nach § 94 Abs. 2 BGB gehören die *zur Herstellung des Gebäudes eingefügten Sachen* zu den wesentlichen Bestandteilen des Gebäudes und damit nach § 94 Abs. 1 BGB des Grundstücks.

Zur Herstellung eingefügt Erforderlich für eine „*Einfügung*“ der Sache in ein Gebäude im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB ist eine – nicht notwendig feste – Verbindung zwischen dem Gebäude und der Sache. „*Zur Herstellung*“ eingefügt sind alle Teile, ohne die das Gebäude nach der Verkehrsanschauung nicht fertiggestellt wäre. Auf den Zeitpunkt der Einfügung kommt es nicht an, sodass auch Sachen, die zur Renovierung oder anlässlich eines Umbaus eingefügt werden, „zur Herstellung eingefügt“ sind. Beispiele bilden Fenster, Heizkörper und Dachpfannen. Lose hineingestellte Möbel sind „nicht eingefügt“ im Sinne des § 94 Abs. 2 BGB.

Scheinbestandteile Eine Ausnahme zu § 93 BGB und – wichtiger – zu § 94 BGB enthält § 95 BGB. Zu den Bestandteilen eines Grundstücks gehören solche Sachen nicht, die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit Grund und Boden verbunden bzw. in ein Gebäude eingefügt werden. Dies können insbesondere Einbauten durch einen Mieter sein, die dieser nach Ablauf der Mietzeit wieder ausbauen will.

Gesetzliche Schuldverhältnisse

Die gesetzlichen Schuldverhältnisse (zum Beispiel §§ 812 ff. BGB, §§ 823 ff. BGB) unterscheiden sich von den vertraglichen Schuldverhältnissen dadurch, dass sie ohne und auch gegen den Willen der Beteiligten allein deshalb entstehen, weil die im Gesetz enthaltenen Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt sind, also „*weil das Gesetz es will*“. → *Vertragliches Schuldverhältnis* → *Vorvertragliches Schuldverhältnis*

Gestaltungsrechte

Gestaltungsrechte eröffnen die Möglichkeit, durch einseitige Erklärung auf einen Vertrag einzuwirken, ihn also zu *gestalten*. Dabei geht es häufig um die Einwirkung auf einen schon *bestehenden* Vertrag. Diese Einwirkung kann dabei ganz unterschiedlicher Natur sein: Im Falle einer *Anfechtung* gilt der Vertrag rückwirkend (von Anfang an, „*ex tunc*“, Ausnahme bei Arbeitsverträgen) als nichtig (§ 142 Abs. 1 BGB). Durch die *Aufrechnung* tritt eine Erfüllungswirkung ein (§ 389 BGB). Wird der *Rücktritt* von einem Vertrag erklärt, wird ein Rückgewährschuldverhältnis begründet (§§ 346 ff. BGB). Dies gilt auch im Falle eines *Widerrufs*. Eine *Kündigung* beendet den Vertrag für die Zukunft („*ex nunc*“). Der *Abschluss* eines Vertrags vollzieht sich

bei Ausübung einer *Kaufoption*, etwa nach Ablauf eines Leasingvertrags.

→ *Anfechtung* → *Aufrechnung* → *Rücktritt* → *Widerruf* → *Kündigung* → *Option*

GmbH

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person (§ 13 Abs. 1 GmbHG). Für Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet nach § 13 Abs. 2 GmbHG deshalb nur das Gesellschaftsvermögen. Die Gesellschafter und/oder der/die Geschäftsführer können nur ausnahmsweise unmittelbar in Anspruch genommen werden. So haftet z. B. in Fällen der Insolvenzverschleppung der Geschäftsführer gemäß § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 15a Abs. 1 InsO; der Gesellschafter haftet z. B., wenn er eine Bürgschaft für Schulden der GmbH übernommen hat aus § 765 BGB.

GmbH & Co. KG

Die GmbH & Co. KG ist eine Kommanditgesellschaft (KG) und damit eine Personengesellschaft. Die Besonderheit gegenüber einer „normalen“ KG besteht darin, dass die (einzige) Komplementärin eine GmbH, also eine juristische Person ist, die lediglich mit ihrem Gesellschaftsvermögen haftet (§ 13 Abs. 2 GmbHG). Da die Kommanditisten nicht mehr haften, sobald sie ihre Einlage erbracht haben (§ 171 HGB), haftet keine natürliche Person → *KG* → *GmbH*

Grundbuch

Das Grundbuch ist ein öffentliches Register, das bei den Amtsgerichten geführt wird. Es enthält alle wesentlichen Tatsachen zu Grundstücken. Für jedes Grundstück wird ein eigenes *Grundbuchblatt* angelegt. Dieses beginnt mit dem *Bestandsverzeichnis*, in dem die Bezeichnung des Grundstücks nach der Gemarkung (Vermessungsbezirk), Flur, Flurstück, Wirtschaftsart, Lage und Größe vermerkt ist. Es folgen *drei Abteilungen*: Die erste Abteilung enthält den oder die Eigentümer und die Grundlage der Eintragung (Auflassung, Erbschaft, Zwangsversteigerung). In die zweite Abteilung werden alle Belastungen des Grundstücks mit Ausnahme der Grundpfandrechte eingetragen, zum Beispiel Vorkaufsrechte (§§ 1094 ff. BGB) und Grunddienstbarkeiten (§§ 1018 ff. BGB). In der dritten Abteilung stehen die Grundpfandrechte, mit denen das Grundstück belastet ist, also die Hypotheken (§§ 1113 ff. BGB) und Grundschulden (§§ 1191 ff. BGB). Einsicht in das Grundbuch kann nach § 12 Abs. 1 S. 1 GBO jeder nehmen, der ein berechtigtes Interesse darlegt. → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen* → *Auflassung* → *Grundschuld* → *Hypothek*

Grundschuld

Nach § 1191 Abs. 1 BGB kann ein Grundstück in der Weise belastet werden, dass an denjenigen, zu dessen Gunsten die Bezahlung erfolgt, eine bestimmte Geldsumme aus dem Grundstück zu zahlen ist. Die Zahlung erfolgt aus der *Verwertung* des Grundstücks nach §§ 1192 Abs. 1, 1147 BGB im Wege der *Zwangsvollstreckung* (Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung).

Die Bestellung einer Grundschuld vollzieht sich nach §§ 873, 1191 ff. BGB durch Einigung, Eintragung in das Grundbuch, Berechtigung und Erteilung oder Verzicht auf die Erteilung des Grundschuldbriefs (§§ 1192 Abs. 1, 1116 BGB). Die Grundschuld ist *nicht akzessorisch*, sodass das Bestehen einer Forderung *keine* Voraussetzung für die Bestellung der Grundschuld ist („*isolierte Grundschuld*“). In der Regel ist aber eine Forderung vorhanden, die durch die Grundschuld gesichert werden soll („*Sicherungsgrundschuld*“). Forderung und Grundschuld werden durch die *Sicherungsabrede* (*Sicherungsvertrag*, *Zweckerklärung*) miteinander verbunden.

In der Praxis hat die Grundschuld die Hypothek als Kreditsicherung für langfristige Verbindlichkeiten (z. B. Darlehen für eine Hausfinanzierung) weitgehend verdrängt, weil die Grundschuld flexibler ist als die Hypothek und deshalb den Interessen der Beteiligten häufig besser gerecht wird. Ein wesentlicher Vorteil der Grundschuld besteht darin, dass die Grundschuld Forderungen in *wechselnder Höhe* absichern und durch eine Änderung der Zweckerklärung (Sicherungsabrede) nacheinander zur Absicherung *verschiedener Forderungen* desselben Gläubigers dienen kann, ohne dass erneut Kosten für die Eintragung der Grundschuld in das Grundbuch anfallen.
→ *Hypothek* → *Grundbuch* → *Grundstücksrecht* → *Akzessorietät*

Grundstücksrecht

Das Grundstücksrecht betrifft die Übertragung und die Belastung unbeweglicher Sachen (Immobilien). Die wichtigste Vorschrift im Grundstücksrecht ist § 873 BGB. Sie geht in ihrem Anwendungsbereich weiter als § 929 BGB, der lediglich die *Übereignung* beweglicher Sachen regelt. Demgegenüber erfasst § 873 BGB – im Zusammenwirken mit anderen Vorschriften – neben der *Übereignung* von Grundstücken auch die *Belastung* eines Grundstücks mit einem Recht (Hypothek, Grundschuld, Grunddienstbarkeit) und die Übertragung oder Belastung eines solchen Rechts (Übertragung einer Grundschuld von einer Bank auf eine andere Bank) → *Auflassung* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen* → *Grundschuld* → *Hypothek*

Gutgläubiger Erwerb an beweglichen Sachen

Begriff Durch die Vorschriften zum guten Glauben (§§ 932 ff. BGB) wird für bestimmte Fälle ein Eigentumserwerb vom *Nichtberechtigten* ermöglicht, wenn der Erwerber glaubt, dass der Veräußerer der beweglichen Sache deren Eigentümer ist. Den Ansatzpunkt für diesen „guten Glauben“ liefert § 1006 Abs. 1 S. 1 BGB: Danach wird zugunsten des (unmittelbaren) Besitzers einer beweglichen Sache vermutet, dass er der Eigentümer der Sache ist.

Guter Glaube im BGB Nach § 932 Abs. 2 BGB ist der Erwerber *nicht* im guten Glauben an das Eigentum des Veräußerers („bösgläubig“), wenn ihm bekannt ist, dass die Sache dem Veräußerer *nicht gehört* oder wenn ihm dieser Umstand infolge *grober Fahrlässigkeit* unbekannt ist. „Bekannt sein“ bedeutet, dass der Erwerber weiß, dass der Veräußerer nicht der Eigentümer ist („positive Kenntnis“). Ein gutgläubiger Erwerb scheidet aber auch aus, wenn der Erwerber dies infolge *grober*

Fahrlässigkeit nicht erkennt. Wenn der Erwerber hingegen aufgrund normaler (leichter) Fahrlässigkeit nicht bemerkt, dass die Sache dem Veräußerer nicht gehört, behandelt das BGB den Erwerber als gutgläubig, sodass er das Eigentum vom Nichtberechtigten erwerben kann. Dies gilt erst recht, wenn dem Erwerber gar keine Fahrlässigkeit zur Last fällt. → *Fahrlässigkeit*

Guter Glaube im HGB § 932 BGB wird für den geschäftlichen Verkehr durch § 366 HGB erweitert. Geregelt wird der Fall, dass ein im Handelsregister eingetragener Kaufmann im Betriebe seines Handelsgewerbes eine ihm nicht gehörige (gehörende) bewegliche Sache veräußert. In diesem Fall gelten gemäß § 366 Abs. 1 HGB die Vorschriften des BGB über den gutgläubigen Erwerb – das sind die §§ 932 ff. BGB – auch dann, wenn der gute Glaube des Erwerbers (lediglich) dahin geht, dass der Veräußerer über die Sache *verfügen* darf. Damit kommt ein gutgläubiger Erwerb in Betracht, wenn der Erwerber zwar weiß, dass der Veräußerer nicht der Eigentümer der Sache ist, aber glaubt, der Eigentümer habe gemäß § 185 Abs. 1 BGB darin eingewilligt, dass der Veräußerer als Nichtberechtigter das Eigentum überträgt. → *Kaufmann* → *Handelsregister* → *Verlängerter Eigentumsvorbehalt*

Kfz-Brief Beim Kauf eines Gebrauchtfahrzeugs nimmt die Rechtsprechung eine den gutgläubigen Erwerb hindernde Bösgläubigkeit des Erwerbers an, wenn dieser sich nicht aufgrund der Eintragung im Kfz-Brief (offiziell „Zulassungsbescheinigung Teil II“) davon überzeugt, dass der Veräußerer der Eigentümer und damit zur Veräußerung befugt ist. Für die anzustellende Prüfung reicht es nicht aus, dass der Veräußerer im Besitz des Kfz-Briefes ist. Der Käufer muss sich diesen vielmehr grundsätzlich vorlegen lassen und auch die Identität prüfen, es sei denn, besondere Umstände ließen eine andere Beurteilung zu (so etwa bei einem Kauf eines neuen Kfz von einem seriösen Händler).

Das Eigentum am Kfz-Brief („Zulassungsbescheinigung Teil II“) steht jeweils dem Eigentümer des Kraftfahrzeuges zu (§ 952 Abs. 1 BGB analog). Demjenigen, dem das Auto gehört, gehört damit automatisch auch der Kfz-Brief. Die Übergabe des Briefes ist deshalb *keine* Voraussetzung für den Erwerb des Eigentums am Auto.

Abhandengekommene Sachen An abhandengekommenen Sachen kann nicht gutgläubig Eigentum erworben werden (§ 935 Abs. 1 BGB, Ausnahmen in § 935 Abs. 2 BGB für Geld und Inhaberpapiere). Eine Sache ist abhanden gekommen, wenn der Eigentümer den *unmittelbaren* Besitz an der Sache *unfreiwillig* verloren hat, wobei das Gesetz als Beispiele den Diebstahl und den Verlust einer Sache nennt. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass ein Abhandenkommen *nicht* vorliegt, wenn der Eigentümer den unmittelbaren Besitz an der Sache *freiwillig* auf einen Dritten übertragen hat. Eine gestohlene oder verloren gegangene Sache ist deshalb abhandengekommen, eine verliehene oder vermietete Sache ist es hingegen nicht. Wenn der Eigentümer seine Sache vermietet oder verleiht, eröffnet er damit also das Risiko, dass der Mieter/Entleiher das Eigentum an einen gutgläubigen Dritten überträgt. Es gilt die Regel: Wer seine Sache freiwillig aus der Hand gibt, trägt das Risiko eines gutgläubigen Erwerbs durch einen Dritten.

Handelsgeschäft

Handelsgeschäfte sind nach § 343 Abs. 1 HGB alle Geschäfte eines *Kaufmanns* (§§ 1 ff. HGB), die zum *Betriebe seines Handelsgewerbes gehören*, wofür nach § 344 Abs. 1 HGB eine Vermutung spricht. → *Kaufmann* → *Bürgschaft: Schriftform, Ausnahme* → *Bürgschaft: Einrede der Vorausklage* → *Handelskauf*

Handelskauf

Handelskauf ist ein Kaufvertrag, an dem *mindestens ein Kaufmann* beteiligt ist. Einige Vorschriften verlangen, dass *beide* Beteiligten Kaufleute sind (beiderseitiger Handelskauf, § 377 HGB) → *Kaufmännische Rügeobliegenheit* → *Kaufmann*

Handelsregister

Das Handelsregister ist – wie das Grundbuch – ein öffentliches Register, in das die für den kaufmännischen Geschäftsverkehr relevanten Tatsachen eingetragen werden. Es wird bei den Amtsgerichten geführt. Nach § 9 HGB kann jedermann zu Informationszwecken Einsicht in das Handelsregister und die zum Handelsregister eingereichten Schriftstücke nehmen. → *Kaufmann* → *Prokura* → *Deklaratorisch* → *Konstitutiv* → *Grundbuch*

Handlung

Eine Handlung – z. B. im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB – kann in einem positiven *Tun* oder einem *Unterlassen* bestehen. Für die Abgrenzung kommt es darauf an, ob der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit im Tun oder im Unterlassen liegt. Ein Unterlassen ist nur dann eine Handlung im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB, wenn eine Pflicht zum Tätigwerden bestand, zum Beispiel aus der Schaffung und Unterhaltung einer Gefahrenquelle („allgemeine Verkehrssicherungspflicht“).

Herstellergarantie

Da die Übernahme der Herstellergarantie gemäß § 443 BGB eine freiwillige Leistung des Herstellers ist, ist er bezüglich der Ausgestaltung der Garantie an keine gesetzlichen Vorgaben gebunden. Er kann deshalb eine gegenüber den gesetzlichen Ansprüchen bei Mängeln (§ 437 BGB) weitergehende, aber auch eine dahinter zurückbleibende oder eine ganz andersartige Garantie übernehmen. Welche Rechte dem Garantiennehmer im Einzelfall zustehen und unter welchen Voraussetzungen diese Rechte bestehen, richtet sich nach dem *Inhalt der Garantieerklärung*, die bei Unklarheiten auszulegen ist (§§ 133, 157 BGB). § 477 BGB stellt bei Vorliegen eines *Verbrauchsgüterkaufs* (§ 474 BGB) besondere Anforderungen an Haltbarkeits- und Beschaffenheitsgarantien (§ 443 BGB). Diese Garantien müssen einfach und verständlich abgefasst sein. Außerdem muss der Verbraucher darauf hingewiesen werden, dass die Rechte aus der Garantie neben den Ansprüchen aus § 437 BGB bestehen und dass diese Rechte durch die Garantie nicht eingeschränkt werden (§ 477 Abs. 1 Nr. 1 BGB). Werden diese Anforderungen nicht beachtet, ist die Garantie gleichwohl *wirksam* (§ 477 Abs. 3 BGB). → *Verbrauchsgüterkauf*

Holschuld

Eine Holschuld liegt vor, wenn der Gläubiger (Käufer) die Ware beim Schuldner (Verkäufer) abholen muss. Der Schuldner muss (lediglich) das Abholen der Ware ermöglichen, etwa durch Aussondern aus einer größeren Vorratsmenge und Bereitstellung, sich aber nicht um den Transport kümmern. Das Transportrisiko trägt bei der Holschuld der Käufer. → *Bringschuld* → *Schickschuld*

Hypothek

Nach § 1113 Abs. 1 BGB kann ein Grundstück in der Weise belastet werden, dass an denjenigen, zu dessen Gunsten die Bezahlung erfolgt, eine bestimmte Geldsumme zur Befriedigung einer ihm zustehenden Forderung aus dem Grundstück zu zahlen ist. Die Zahlung erfolgt aus der *Verwertung* des Grundstücks nach § 1147 BGB im Wege der Zwangsvollstreckung (Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung). Die Bestellung einer Hypothek vollzieht sich nach §§ 873, 1113 ff. BGB durch Einigung, Eintragung in das Grundbuch, Berechtigung sowie Erteilung oder Verzicht auf die Erteilung des Hypothekenbriefs (§ 1116 BGB). Da die Hypothek – wie die Bürgschaft – ein *akzessorisches* Recht ist, muss außerdem die zu sichernde Forderung bestehen. „Ohne Forderung keine Hypothek!“

Geht die Forderung unter, geht infolge der Akzessorietät auch die Hypothek unter. Werden Tilgungen auf die gesicherte Forderung geleistet, verringert sich die Hypothek entsprechend. Die Hypothek wandelt sich insoweit in eine dem Eigentümer zustehende Grundschild um („Eigentümergrundschild“). Erhöht sich die gesicherte Forderung später wieder, wächst die Hypothek – anders als die Bürgschaft, § 767 Abs. 1 BGB – *nicht* wieder an. Für die Hypothek gilt der Satz „*Einmal tot, immer tot*“. → *Grundschild* → *Grundbuch* → *Grundstücksrecht* → *Akzessorietät* → *Bürgschaft*

Immaterieller Schaden

→ *Nichtvermögensschäden*

Invitatio ad offerendum

Die invitatio ad offerendum (Einladung zur Abgabe eines Angebots) ist kein Angebot, weil der Wille des Handelnden, sich rechtlich zu binden, noch fehlt. Oft fehlen auch noch weitere Bestandteile eines Angebots, etwa die genaue Leistung oder Gegenleistung. Ob bereits ein (verbindliches) Angebot oder nur eine (unverbindliche) invitatio ad offerendum vorliegt, ist im Wege der Auslegung nach §§ 133, 157 BGB zu klären. → *Angebot* → *Willenserklärung: Auslegung*

Juristische Person

Juristische Personen sind rechtsfähig. Im Gegensatz zu den natürlichen Personen, die von der Natur geschaffen werden, werden die juristischen Personen aufgrund der Rechtsordnung geschaffen. Man unterscheidet zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Bund, Länder, Kreise, Gemeinden) und denen des Privatrechts. Hierzu gehören der eingetragene Verein (§§ 21 ff. BGB), die GmbH (geregelt im

GmbHG) und die Aktiengesellschaft (geregelt im AktG). Keine juristischen Personen sind die Personengesellschaften, also die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die Offene Handelsgesellschaft (OHG) und die Kommanditgesellschaft (KG). OHG und KG sind den juristischen Personen aber angenähert (§ 124 HGB für die OHG, §§ 161 Abs. 2, 124 HGB für die KG) und deshalb rechtsfähig. Die GbR ist nach der Rechtsprechung ebenfalls rechtsfähig, wenn sie am Rechts- und Geschäftsverkehr teilnimmt („Außen-GbR“). → *Rechtsfähigkeit* → *GmbH* → *OHG* → *KG* → *GbR* → *Natürliche Person*

Kaufmann

Nach § 1 Abs. 1 HGB ist Kaufmann, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Nach § 1 Abs. 2 HGB ist jeder Gewerbebetrieb ein *Handelsgewerbe*, es sei denn, dass das Unternehmen nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert. *Betreiber* ist derjenige, den die Folgen der gewerblichen Tätigkeit unmittelbar treffen.

Neben dem Einzelkaufmann sind die Offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft, die GmbH und die Aktiengesellschaft Kaufleute im Sinne des HGB oder sie gelten als solche (§ 6 Abs. 1 HGB, §§ 105, 161 HGB, § 13 Abs. 3 GmbHG, § 3 Abs. 1 AktG). Zahlreiche *Unternehmer* (Einzelhändler, Handwerker, Gastwirte) sind hingegen keine Kaufleute. Sie betreiben zwar ein Gewerbe, aber kein *Handelsgewerbe*, weil ihr Unternehmen nach Art oder Umfang keine kaufmännischen Einrichtungen erfordert (§ 1 Abs. 2 HGB). Kein Kaufmann ist auch die GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Keine Kaufleute sind die Freiberufler (Ärzte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Architekten), da sie *kein Gewerbe* ausüben. Der Geschäftsführer und Gesellschafter einer GmbH ist ebenfalls *kein Kaufmann* im Sinne des HGB, und zwar selbst dann nicht, wenn er Alleingesellschafter und Alleingeschäftsführer der GmbH ist. Für die gerade genannten Personen gilt das HGB deshalb nicht. → *Unternehmer* → *Verbraucher* → *Bürgschaft: Schriftform, Ausnahme* → *Bürgschaft: Einrede der Vorausklage*

Kaufmännische Rügeobliegenheit

Bedeutung Wenn ein *beiderseitiger Handelskauf* vorliegt (§§ 343, 344 HGB), ist der Käufer gemäß § 377 Abs. 1 HGB „*verpflichtet*“, die Ware nach der Ablieferung (§ 854 Abs. 1 BGB) unverzüglich auf Mängel zu untersuchen, soweit dies im ordnungsgemäßen Geschäftsgang *tunlich* (zumutbar) ist. Zeigt sich ein Mangel, muss der Käufer den Mangel unverzüglich dem Verkäufer in substantiierter Form (also möglichst genau) anzeigen. Entgegen dem Wortlaut der Vorschrift handelt es sich bei § 377 Abs. 1 BGB nicht um eine (Rechts-)Pflicht des Käufers, sondern um eine Obliegenheit, deren Nichtbeachtung aber mit Rechtsnachteilen für den Käufer verbunden ist. → *Sachmangel* → *Handelskauf*

Umfang der Untersuchung „Tunlich“ bedeutet nicht üblich, sondern *zumutbar*.

Wirkung Unterlässt der Käufer die unverzügliche Anzeige oder ist diese unsubstanziert (pauschal), *gilt* die Ware nach § 377 Abs. 2 HGB als genehmigt. Durch diese *Fiktion* verliert der Käufer seine Ansprüche aus § 437 BGB.

Streckengeschäft Eine Ablieferung liegt auch vor, wenn die Sache auf Anweisung des Käufers an eine dritte Person geliefert wird.

Durchlieferung Andere Bezeichnung für Streckengeschäft. → *Streckengeschäft*

Kaufvertrag

Nach § 433 Abs. 1 S. 1 BGB wird der Verkäufer einer Sache durch den Kaufvertrag verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen. Nach Satz 2 muss die Sache frei von Sach- und Rechtsmängeln sein. Der Käufer ist nach § 433 Abs. 2 BGB verpflichtet, dem Verkäufer den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und – in aller Regel als Nebenpflicht – die gekaufte Sache abzunehmen. Die Vorschriften über den Kauf von Sachen (§§ 433 ff. BGB) finden gemäß § 453 Abs. 1 BGB auf den Kauf von Rechten (z. B. Forderungen) und von sonstigen Gegenständen (z. B. Gas, fließendes Wasser, Strom) entsprechende Anwendung. Vom Kaufvertrag zu unterscheiden ist die Übereignung der Kaufsache gemäß §§ 929 ff. BGB bzw. §§ 873, 925 BGB. → *Trennungsprinzip*

Kausalität

→ *Adäquate Kausalität*

Kerntheorie

→ *Sachmangel: Kerntheorie*

Kfz-Brief

→ *Gutgläubiger Erwerb an beweglichen Sachen*

KG

Die in den §§ 161 ff. HGB geregelte Kommanditgesellschaft ist eine Personengesellschaft. Sie besteht aus mindestens einem persönlich haftenden Gesellschafter (*Komplementär*, „*Vollhafter*“) und mindestens einem beschränkt haftenden Gesellschafter (*Kommanditist*, „*Teilhafter*“). Für die KG und für den Komplementär gelten nach § 161 Abs. 2 HGB weitgehend die Vorschriften für die OHG bzw. für den OHG-Gesellschafter (§§ 105 ff. HGB). Für Verbindlichkeiten der KG haftet neben der KG (§§ 161 Abs. 2, 124 Abs. 1 HGB) in vollem Umfang („komplett“) auch der Komplementär (§§ 161 Abs. 2, 128 HGB). Die §§ 161 ff. HGB enthalten insbesondere Regelungen zum Kommanditisten, unter anderem zu seiner beschränkten Haftung gegenüber den Gläubigern der KG gemäß § 171 HGB.

→ *GbR* → *GmbH & Co. KG* → *OHG* → *Rechtsfähigkeit*

Kommanditgesellschaft

→ *KG*

Konkludentes Verhalten

Ein konkludentes (schlüssiges) Verhalten liegt vor, wenn aus dem Verhalten einer Person mit Sicherheit auf einen ganz bestimmten Rechtsfolgewillen geschlossen werden kann. Das Verhalten muss den eindeutigen Schluss auf einen bestimmten Willen zulassen. Ob dies der Fall ist, wird im Wege der Auslegung nach §§ 133, 157 BGB ermittelt, die vom Empfängerhorizont ausgeht. → *Willenserklärung: Auslegung*

Konstitutiv

Eine Handlung ist konstitutiv (*rechtsbegründend*), wenn die Rechtsänderung erst durch die Vornahme der Handlung eintritt. Ein Beispiel bildet die Eintragung einer GmbH in das Handelsregister, da die GmbH als solche vor der Eintragung nicht besteht (§ 13 Abs. 1 GmbHG). Gleiches gilt nach § 41 Abs. 1 S. 1 AktG für die Aktiengesellschaft. Ebenfalls konstitutiv ist die nach § 873 Abs. 1 BGB für den rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerb an einem Grundstück erforderliche Eintragung des Erwerbers in das Grundbuch. → *Deklaratorisch* → *GmbH* → *Grundstücksrecht*

Konventionalstrafe

→ *Vertragsstrafe* → *Pauschalierter Schadensersatz*

Kreditsicherung

Personalsicherheiten Von den Personalsicherheiten ist die Bürgschaft gesetzlich geregelt (§§ 765 ff. BGB; §§ 349, 350 HGB). In der Praxis finden sich weitere – gesetzlich nicht geregelte – Formen, insbesondere der Schuldbeitritt, die Patronatserklärung und der Garantievertrag. → *Bürgschaft* → *Schuldbeitritt* → *Patronatserklärung* → *Garantievertrag, selbstständiger*

Sachsicherheiten Bei den Sachsicherheiten (Realsicherheiten) sind die Pfandrechte an Grundstücken (Hypothek, §§ 1113 ff. BGB; Grundschuld, §§ 1191 ff. BGB), an beweglichen Sachen (§§ 562 ff. BGB, § 647 BGB, §§ 1204 ff. BGB) und an Rechten (§§ 1273 ff. BGB) gesetzlich geregelt. Weitere Formen von Realsicherheiten sind der Eigentumsvorbehalt und die Sicherungsübereignung. → *Pfandrechte* → *Eigentumsvorbehalt* → *Sicherungsübereignung* → *Hypothek* → *Grundschuld*

Kündigung

Begriff Die Kündigung ist ein Gestaltungsrecht. Sie beendet einen Vertrag, der auf einen dauernden Leistungsaustausch gerichtet ist („Dauerschuldverhältnis“), für die Zukunft. Die bis zum Wirksamwerden der Kündigung ausgetauschten Leistungen werden – anders als in Fällen des Rücktritts, des Widerrufs und der Anfechtung – nicht zurückgegeben. Deshalb muss ein Vermieter die erhaltene Miete nicht

zurückzahlen, der Arbeitnehmer darf den für die Vergangenheit gezahlten Lohn behalten. → *Gestaltungsrechte* → *Anfechtung* → *Rücktritt* → *Widerruf* → *Option*

Außerordentliche Kündigung Eine außerordentliche Kündigung – oft auch fristlose Kündigung genannt – setzt voraus, dass ein Kündigungsgrund vorliegt (vgl. für den Mietvertrag §§ 543, 569 BGB, für den Dienstvertrag §§ 626 f. BGB); eine Kündigungsfrist muss nicht eingehalten werden (also: *mit Grund, ohne Frist*). Bei Arbeitsverträgen wird in der Regel verlangt, dass vor der Kündigung eines Arbeitnehmers eine *Abmahnung* erfolgt ist, es sei denn, der Verstoß des Arbeitnehmers ist so gravierend, dass eine sofortige Beendigung des Arbeitsverhältnisses gerechtfertigt ist. Die Kündigung muss innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Kenntnis der Kündigungsgründe erklärt werden (§ 626 Abs. 2 BGB). → *Ausschlussfrist*

Ordentliche Kündigung Bei einer ordentlichen Kündigung muss eine Kündigungsfrist eingehalten werden (vgl. für den Mietvertrag über Wohnraum § 573c BGB, für Geschäftsräume § 580a Abs. 2 BGB, für den Dienstvertrag §§ 621, 622 BGB); sie bedarf hingegen eigentlich keines Grundes (also: *mit Frist, ohne Grund*). Abweichend davon wird aber in wichtigen Bereichen aus sozialen Gründen auch bei dieser Kündigungsart ein Kündigungsgrund verlangt: Im Wohnungsmietrecht gemäß § 573 BGB ein *berechtigtes Interesse* des Vermieters an der Beendigung des Mietverhältnisses, insbesondere in Form des „Eigenbedarfs“; bei Arbeitsverträgen sind häufig die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes (allgemeiner Kündigungsschutz) und solche zum Sonderkündigungsschutz (z. B. Mutterschutzgesetz, Betriebsverfassungsgesetz) zu beachten, die eine ordentliche Kündigung erschweren oder für bestimmte Personengruppen ausschließen.

Leasingvertrag

Beim Leasingvertrag überlässt der Leasinggeber dem Leasingnehmer eine Sache (unbewegliche oder bewegliche) oder eine Sachgesamtheit gegen Zahlung von Leasingraten zum vorübergehenden Gebrauch. Eine Besonderheit des Leasingvertrags besteht darin, dass der *Leasingnehmer* – im Gegensatz zu einem Mieter – *die Gefahr und Haftung* für Instandhaltung, Mängel, Untergang und Beschädigung der Sache trägt. Typisch ist außerdem, dass der Leasinggeber seine Ansprüche aus der Sachmängelhaftung gegen den Lieferanten (§ 437 BGB) an den Leasingnehmer abtritt. Durch diese Gestaltung unterscheidet sich der Leasingvertrag vom Mietvertrag, bei dem die Risiken der Beschädigung und des Untergangs der Sache vom Vermieter zu tragen sind, der allerdings vielfach die Schönheitsreparaturen und – bei der Geschäftsraummiete – bestimmte Instandsetzungsarbeiten auf den Mieter überträgt. → *Mietvertrag*

Leistung

Eine Leistung im Sinne des § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Fall BGB ist eine gewollte und zweckgerichtete Vermehrung fremden Vermögens. → *Etwas erlangt* → *Ohne rechtlichen Grund* → *Ungerechtfertigte Bereicherung*

Leistungshandlung/-erfolg

→ *Skonto*

Leistungskondiktion

Eine *Leistungskondiktion* liegt vor, wenn eine ungerechtfertigte Bereicherung dadurch eingetreten ist, dass (*irgend-*)jemand eine Leistung an den Bereicherten erbracht hat. Die wichtigste Form der anderen Kondiktionsarten („*in sonstiger Weise*“) bildet die *Eingriffskondiktion*. Diese Kondiktionsarten sind gegenüber der Leistungskondiktion subsidiär (nachrangig) und deshalb nur zu prüfen, wenn *niemand* eine Leistung erbracht hat.

Letter of Intent (LOI)

Der *Letter of Intent (LOI)* ist eine Fixierung der Verhandlungsposition des Verfassers. Da ein LOI in der Regel noch keine Rechtsbindung begründet, weist er eine Parallele zur *invitatio ad offerendum* auf. Ein wichtiger Unterschied besteht darin, dass der LOI während schon laufender Vertragsverhandlungen erstellt wird, während eine *invitatio ad offerendum* die Vertragsanbahnung erst in Gang bringen soll. → *invitatio ad offerendum*

Lizenzvertrag

Durch den Lizenzvertrag wird einem anderen ein *gewerbliches Schutzrecht* (Patent, Gebrauchsmuster) auf Zeit zur Nutzung überlassen. Zum Teil wird der Begriff auch weiter verstanden und umfasst als Vertragsgegenstand auch *Urheberrechte* und *rechtlich nicht geschützte Gegenstände* wie Informationen, Geschäftsideen oder sonstiges Know-how.

Mahnung

Begriff Eine Mahnung ist eine an den Schuldner gerichtete bestimmte und eindeutige Aufforderung des Gläubigers zur Leistung. Eine Fristsetzung ist nicht erforderlich, auch nicht die Androhung negativer Folgen. Es genügt vielmehr, dass der Gläubiger deutlich zum Ausdruck bringt, dass er die Leistung ernsthaft verlangt.

Mahnungsgleiche Tatbestände In § 286 Abs. 1 S. 2 BGB werden die Erhebung einer Klage auf die Leistung („Leistungsklage“) und die Zustellung eines Mahnbescheides im (gerichtlichen) Mahnverfahren in ihrer Wirkung der Mahnung gleichgestellt.

Entbehrlichkeit der Mahnung Nach § 286 Abs. 2 BGB ist die Mahnung in bestimmten Fällen entbehrlich, sodass der Verzug ohne Mahnung bzw. ohne Vorliegen eines mahnungsgleichen Tatbestandes eintreten kann. Nach der Nr. 1 ist das der Fall, wenn für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender *bestimmt* ist. Diese Bestimmung kann sich aus dem Gesetz (vgl. § 556b BGB bzw. §§ 579 Abs. 2, 556b BGB für die Zahlung der Miete) oder aus einer *Vereinbarung* der Parteien ergeben, die bereits im Vertrag enthalten ist (Lieferung 23. KW) Nicht ausreichend für den Eintritt des Verzuges ist eine *einseitige* Bestimmung durch den Gläubiger, zum Beispiel eine Zahlungsfrist auf der Rechnung.

Mangel

→ *Sachmangel*

Materieller Schaden

→ *Vermögensschäden*

Mietvertrag

Begriff Nach § 535 Abs. 1 S. 1 BGB wird der Vermieter durch den Mietvertrag verpflichtet, dem Mieter den Gebrauch der Mietsache während der Mietzeit in einem vertragsgemäßen Zustand zu gewähren (zu überlassen) und diesen Zustand während der Mietzeit zu erhalten (S. 2). Der Mieter ist nach § 535 Abs. 2 BGB zur Zahlung der vereinbarten Miete verpflichtet. → *Leasingvertrag* → *Pachtvertrag*

Formfreiheit Wie andere Verträge kommt auch der Mietvertrag durch die Annahme eines Angebots zustande, wobei ein Mietvertrag nach dem BGB *nicht* schriftlich geschlossen werden muss (vgl. aber § 550 BGB). Die Parteien können aber die Einhaltung der Schriftform vereinbaren („*gewillkürte Schriftform*“, §§ 126, 125 S. 2 BGB). In einem solchen Fall ist gemäß § 154 Abs. 2 BGB analog „im Zweifel“ davon auszugehen, dass der Vertrag erst nach der Unterschrift von Mieter und Vermieter wirksam werden soll.

Gesetzliche Formvorschrift Nach § 550 S. 1 BGB besteht eine gesetzliche Formvorschrift für Mietverträge, die für *bestimmte* Zeit, und zwar für *längere Zeit als ein Jahr* (fest) geschlossen werden sollen. Wird die Schriftform nicht eingehalten, ist der Vertrag abweichend von § 125 S. 1 BGB aber *nicht* nichtig, sondern gilt für *unbestimmte Zeit*.

Auf bestimmte Zeit Ein Mietvertrag auf bestimmte Zeit endet gemäß § 542 Abs. 2 BGB – automatisch – mit Ablauf der vereinbarten Mietzeit. Mietverträge über Geschäftsräume werden häufig auf bestimmte Zeit geschlossen. Bei Verträgen auf bestimmte Zeit ist die ordentliche Kündigung während der Laufzeit des Vertrags ausgeschlossen, gekündigt werden kann nur aus wichtigem Grund. Die Parteien können außerdem jederzeit einvernehmlich einen Auflösungsvertrag (§ 311 Abs. 1 BGB) schließen. Eine Erhöhung der Miete durch den Vermieter ist nur möglich, wenn dies vertraglich vorgesehen ist, etwa in Form einer Indexklausel. Eine Verlängerung des Mietverhältnisses über die vereinbarte Zeit hinaus tritt ein, wenn eine Partei von einem ihr im Mietvertrag eingeräumten *Optionsrecht* Gebrauch macht (vgl. § 542 Abs. 2 Nr. 2 BGB). → *Option*

Auf unbestimmte Zeit Der Mietvertrag auf unbestimmte Zeit, der bei der Wohnungsmiete wegen § 575 BGB den Regelfall bildet, endet durch die Kündigung einer Partei (§ 542 Abs. 1 BGB) oder durch einen Auflösungsvertrag § 311 Abs. 1 BGB).

Eigenbedarf Nach § 573 Abs. 1 BGB kann der Vermieter das Mietverhältnis über Wohnraum nur ordentlich kündigen, wenn er ein *berechtigtes Interesse* an dessen Beendigung hat. In der Praxis geht es häufig um die Frage des sogenannten

„Eigenbedarfs“. Eigenbedarf liegt vor, wenn der Vermieter die Räume für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörige seines Haushalts *benötigt*.

Form der Kündigung Nach § 568 Abs. 1 BGB bedarf die Kündigung des Mietverhältnisses über Wohnraum der schriftlichen Form, und zwar auch, wenn der Mietvertrag nur mündlich geschlossen wurde. § 568 BGB gilt nicht für Geschäftsräume, hier kann aber im Mietvertrag die Schriftform für die Kündigung vorgesehen sein.

Schönheitsreparaturen Nach § 535 Abs. 1 S. 2 BGB hat der *Vermieter* die Mietsache während der Mietzeit in einem vertragsgemäßen Zustand zu erhalten. Diese Regelung ist dispositiv, kann also durch eine Vereinbarung der Parteien geändert werden.

Im Bereich der Geschäftsraummieta gehen die vertraglichen Änderungen zum Teil sehr weit, bei der Wohnungsmiete beschränken sie sich in der Regel auf die sogenannten „Schönheitsreparaturen“. Dies sind Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln, die durch einen vertragsgemäßen Gebrauch entstanden sind, wie das Streichen oder Tapezieren von Wänden, Decken, Böden, Heizkörpern einschließlich der Rohre sowie von Fenstern und Außentüren von innen. Davon zu unterscheiden sind *Instandsetzungsreparaturen*, die auf Beseitigung der durch Abnutzung, Alterung und Witterungseinflüsse entstandenen Mängel abzielen. Die Übertragung der Schönheitsreparaturen auf den Mieter ist in einem vom Vermieter gestellten Mietvertrag nach § 307 BGB z. B. unwirksam, wenn der Mieter nach einem „starrten Fristenplan“ unabhängig von der Renovierungsbedürftigkeit zur Durchführung der Arbeiten verpflichtet werden soll. → *Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB): Inhaltskontrolle*

Minderjährig

Minderjährig sind gemäß §§ 106, 2 BGB Personen zwischen dem siebten und dem 18. Lebensjahr. → *Geschäftsfähigkeit* → *Deliktsfähigkeit* → *Rechtsfähigkeit*

Mobilfunkvertrag

→ *Geschäftsfähigkeit: „Taschengeldparagraf“*

Natürliche Person

Natürliche Personen sind Menschen. Die Rechtsfähigkeit beginnt mit der Vollendung der Geburt (§ 1 BGB), die Erbfähigkeit gemäß § 1923 Abs. 2 BGB schon mit der Zeugung. → *Juristische Person*

Negative Merkmale

Um einen Anspruch zu begründen, müssen alle positiven Tatbestandsmerkmale vorliegen. Negative Tatbestandsmerkmale dürfen nicht vorliegen, da sie einem Anspruch entgegenstehen. Es gilt der Satz „*Ein faules Ei verdirbt den Brei*“
→ *Positive Merkmale*

Nichtigkeit

Ein nichtiges Rechtsgeschäft entfaltet von Anfang an keine Wirkungen. Wenn das Geschäft trotz der Nichtigkeit ganz oder teilweise durchgeführt wird, erfolgt die Rückabwicklung nach den Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung (§§ 812 ff. BGB). Nichtigkeitsgründe sind Formmängel (§ 125 BGB), Verstöße gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB) oder gegen die guten Sitten (§ 138 Abs. 1 BGB), insbesondere Wucher (§ 138 Abs. 2 BGB). Die Anfechtung führt rückwirkend („ex tunc“) zur Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB).
→ *Rechtsgeschäft* → *Sittenwidrigkeit* → *Anfechtung* → *Ungerechtfertigte Bereicherung* → *Wucher*

Nichtvermögensschäden

Nichtvermögensschäden (immaterielle Schäden) lassen sich nicht konkret in Geld beziffern. Nach § 253 Abs. 1 BGB kann für einen Nichtvermögensschaden eine Entschädigung in Geld nur in den im Gesetz genannten Fällen verlangt werden. Hauptfall ist der Anspruch auf Schmerzensgeld nach § 253 Abs. 2 BGB.
→ *Vermögensschäden*

Notarielle Beurkundung

Bei der notariellen Beurkundung (§ 128 BGB) eines Vertrags müssen Angebot und Annahme vor einem Notar beurkundet werden, allerdings nicht notwendig immer gleichzeitig. Der Notar beurkundet den gesamten Vertrag, nicht nur die Unterschriften der Parteien. Beispiele sind: Der Grundstückskaufvertrag (§ 311b Abs. 1 S. 1 BGB), die Einigung über den Übergang des Eigentums an einem Grundstück („Auflassung“, §§ 873 Abs. 1, 925 Abs. 1 BGB), der Gesellschaftsvertrag einer GmbH (§ 2 Abs. 1 GmbHG), die Satzung einer Aktiengesellschaft (§ 23 Abs. 1 AktG), Hauptversammlungsbeschlüsse einer Aktiengesellschaft (§ 130 Abs. 1 S. 1 AktG). Ausnahmen bestehen bei nicht börsennotierten Aktiengesellschaften (§ 130 Abs. 1 S. 2 AktG). → *Auflassung* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen*

Offene Handelsgesellschaft

→ *OHG*

OHG

Die in §§ 105 ff. HGB geregelte Offene Handelsgesellschaft ist eine Personengesellschaft mit mindestens zwei Gesellschaftern (natürliche oder juristische Personen). Für Verbindlichkeiten der OHG haften neben der Gesellschaft (§ 124 Abs. 1 HGB) unmittelbar auch alle Gesellschafter als Gesamtschuldner (§ 128 HGB). → *KG* → *GbR* → *GmbH* → *Gesamtschuld*

Ohne rechtlichen Grund

Das Merkmal „ohne rechtlichen Grund“ im Sinne des § 812 Abs. 1 S. 1 BGB ist erfüllt, wenn für eine Vermögensverschiebung kein Rechtsgrund vorhanden ist.

Insbesondere dann, wenn sich nach Durchführung eines Vertrags herausstellt, dass der Vertrag nichtig ist, sind die von den Parteien erbrachten Leistungen „ohne Rechtsgrund“ erfolgt. Sie müssen deshalb nach §§ 812 Abs. 1 S. 1, 1. Fall, 818 BGB herausgegeben werden. → *Etwas erlangt* → *Leistung* → *Ungerechtfertigte Bereicherung*

Option

Die Option ist ein Gestaltungsrecht. Sie beinhaltet das Recht, durch einseitige Erklärung einen Vertrag zustande zu bringen oder die Laufzeit eines schon bestehenden Vertrags zu verlängern. Der Berechtigte kann frei entscheiden, ob er von der ihm eingeräumten Option Gebrauch macht oder nicht. Die Ausübung eines Optionsrechts führt in der Praxis häufig zur Verlängerung von befristeten Mietverträgen über Geschäftsräume oder zum Abschluss von Kaufverträgen nach einem vorhergehenden Leasingvertrag. → *Anfechtung* → *Kündigung* → *Rücktritt* → *Widerruf*

Pachtvertrag

Der Pachtvertrag ist in den §§ 581 bis 584b BGB geregelt. Der wichtigste Unterschied zum Mietvertrag besteht darin, dass der Verpächter dem Pächter neben der Gebrauchsüberlassung des Gegenstandes nach § 581 Abs. 1 BGB zusätzlich „den Genuss der Früchte“ zu gewähren hat. Ein Pachtvertrag über Räumlichkeiten liegt vor, wenn diese so beschaffen sind, dass aus ihrer Nutzung unmittelbar Erträge erzielt werden können, zum Beispiel ein komplett eingerichtetes Speiserestaurant. → *Mietvertrag* → *Leasingvertrag*

Patronatserklärung

In der im BGB nicht geregelten, aber aufgrund der Vertragsfreiheit zulässigen Patronatserklärung verspricht ein „Patron“ gegenüber dem Gläubiger eines Dritten ein bestimmtes Verhalten, das die Aussicht auf eine Vertragserfüllung durch den Dritten verbessert und damit dessen Kreditwürdigkeit erhöht. Die Praxis differenziert zwischen „weichen“ und „harten“ Patronatserklärungen. Den *weichen* Erklärungen kommt kein rechtsgeschäftlicher Charakter zu, es handelt sich nur um unverbindliche Erklärungen („Goodwill-Erklärung“), die keine Rechtsfolge nach sich ziehen. Sie sind deshalb nicht einklagbar und werden dem Kreditgeber häufig nicht genügen. Bei den „harten“ Patronatserklärungen wird eine rechtliche Einstandspflicht des „Patrons“ begründet, zum Beispiel eine Pflicht der Muttergesellschaft zur ausreichenden finanziellen Ausstattung der Tochtergesellschaft im Zeitpunkt der Fälligkeit der gesicherten Forderung. Kommt die Mutter dieser Pflicht nicht nach, kann der Gläubiger sofort Zahlung von der Mutter an sich verlangen → *Kreditsicherung* → *Bürgschaft* → *Schuldbeitritt* → *Garantievertrag, selbstständiger*

Pauschalierter Schadensersatz

Für den Fall der nicht gehörigen – nicht rechtzeitigen oder nicht mangelfreien – Erfüllung einer Pflicht durch den Schuldner kann die Zahlung eines pauschalierten

Schadensersatzes vereinbart werden. Der Gläubiger verfolgt damit den Zweck, den Eintritt und die Höhe eines Schadens nicht beweisen zu müssen. → *Vertragsstrafe*

Pfandrechte

Pfandrechte können an *Rechten* (insbesondere Forderungen, §§ 1237 ff. BGB), an *beweglichen* Sachen (§§ 1204 ff. BGB) und an *unbeweglichen* Sachen (Grundschuld, Hypothek, §§ 1113 ff., 1191 ff. BGB) bestehen. Sie können auf einer Vereinbarung der Parteien beruhen (rechtsgeschäftliche Pfandrechte) oder aufgrund einer gesetzlichen Regelung „von selbst“ entstehen (gesetzliche Pfandrechte). *Gesetzliche Pfandrechte* sind das Vermieterpfandrecht (§§ 562 ff. BGB) und das Pfandrecht des Unternehmers beim Werkvertrag (§ 647 BGB). Bei den *rechtsgeschäftlichen Pfandrechten* ist neben weiteren Voraussetzungen eine *Einigung* der Parteien über die Entstehung des Pfandrechts erforderlich. Alle Pfandrechte sind akzessorisch, setzen also das Bestehen der gesicherten Forderung voraus. → *Grundschuld* → *Hypothek* → *Werkvertrag: Unternehmerpfandrecht* → *Sicherungsübereignung* → *Akzessorietät*

Pflichtverletzung

Nach § 280 Abs. 1 BGB hat der Schuldner dem Gläubiger den Schaden zu ersetzen, der durch eine Pflichtverletzung des Schuldners entsteht. Verstoßen werden kann gegen Leistungspflichten (§ 241 Abs. 1 BGB) und gegen sonstige Pflichten (§ 241 Abs. 2 BGB), insbesondere Schutz- und Aufklärungspflichten. Wenn eine (objektive) Pflichtverletzung vorliegt, wird vermutet, dass der Schuldner diese auch (subjektiv) zu vertreten hat. → *Beweislastumkehr*

Positive Merkmale

Um einen Anspruch zu begründen, müssen *alle positiven* Tatbestandsmerkmale einer Anspruchsgrundlage vorliegen. *Negative* Tatbestandsmerkmale dürfen nicht vorliegen, da sie einem Anspruch entgegenstehen. → *Negative Merkmale*

Positives Tun

→ *Handlung*

Produkthaftung

Wenn jemand durch die Nutzung eines fehlerhaften Produkts einen Schaden erleidet, verpflichtet die Produkthaftung den Hersteller des fehlerhaften Produkts zum Schadensersatz. Diese Haftung beruht auf zwei Ansätzen: Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum einen auf § 823 Abs. 1 BGB, wobei das Verschulden des Herstellers vermutet wird, zum anderen auf § 1 Abs. 1 ProdHaftG (*Produkthaftungsgesetz*) als Haftung ohne Verschulden (Gefährdungshaftung).

Prokura

Die Prokura ist eine rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht. Sie kann nur vom Inhaber eines Handelsgeschäftes (Kaufmann i. S. d. §§ 1 ff. HGB) durch ausdrückliche Erklärung erteilt werden (§ 48 Abs. 1 HGB). Die Prokura muss in das Handelsregister eingetragen werden (§ 53 HGB), doch hat die Eintragung nur deklaratorische (rechtbezeugende) Wirkung. Die Erteilung der Prokura ist also schon vor der Eintragung wirksam. Eine Besonderheit der Prokura gegenüber anderen Vollmachten besteht darin, dass der Umfang der dem Prokuristen zustehenden Vertretungsmacht *gesetzlich* bestimmt ist. Nach § 49 Abs. 1 HGB ermächtigt die Prokura zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsgeschäften, die der Betrieb *eines* (gemeint ist *irgendeines*) Handelsgewerbes mit sich bringt. Einschränkungen dieser umfassenden Vertretungsmacht sind Dritten gegenüber gemäß § 50 Abs. 1 HGB unwirksam. → *Vertretung* → *Deklaratorisch* → *Handelsregister*

Realsicherheit

→ *Kreditsicherung: Sachsicherheiten*

Recht am Unternehmen

Als „sonstiges Recht“ im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB hat die Rechtsprechung das „*Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb*“ entwickelt, das heute oft kürzer als „*Recht am Unternehmen*“ (*RaU*) bezeichnet wird. Durch dieses Recht wird der Schutz des Unternehmers gegen Beeinträchtigungen seiner rechtmäßig ausgeübten unternehmerischen Betätigung gesichert. Ein Schadensersatzanspruch setzt u. a. voraus, dass ein unmittelbarer *betriebsbezogener Eingriff* vorliegt. Eine zufällige, nicht beabsichtigte Beeinträchtigung reicht hingegen nicht aus. → *Widerrechtlichkeit*

Rechtsfähigkeit

Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten sein zu können. Rechtsfähig sind neben allen natürlichen Personen (Menschen, auch kleinste Kinder!) und allen juristischen Personen (eingetragener Verein, GmbH, Aktiengesellschaft) auch Personenvereinigungen, wenn sie – wie die Offene Handelsgesellschaft und die Kommanditgesellschaft – den juristischen Personen angenähert sind. Nach der Rechtsprechung ist eine GbR ebenfalls rechtsfähig, wenn sie als „Außen-GbR“ am Wirtschaftsverkehr teilnimmt. → *Geschäftsfähigkeit* → *Deliktsfähigkeit* → *Natürliche Person* → *Juristische Person* → *OHG* → *KG* → *GbR*

Rechtsgeschäft

Ein Rechtsgeschäft besteht aus einer oder mehreren Willenserklärungen, die allein oder in Verbindung mit weiteren Tatbestandsmerkmalen eine von dem oder den Beteiligten gewollte Rechtsfolge herbeiführen. Unterschieden wird zwischen einseitigen und mehrseitigen Rechtsgeschäften. Mehrseitige Rechtsgeschäfte sind

Verträge und *Beschlüsse*. *Einseitige* Rechtsgeschäfte kann eine Person allein vornehmen. Beispiele bilden das Testament sowie die Gestaltungsrechte (Rücktritt, Widerruf, Kündigung, Anfechtung und Option). → *Willenserklärung* → *Vertrag* → *Rücktritt* → *Widerruf* → *Kündigung* → *Anfechtung* → *Option*

Relative Rechte

Relative Rechte bestehen nur zwischen bestimmten Personen („inter partes“). Beispiel: Ansprüche aus einem Vertrag bestehen nur zwischen den Vertragspartnern. → *Absolute Rechte*

Rücktritt

Der Rücktritt vom Vertrag setzt voraus, dass ein *Rücktrittsrecht* besteht (vgl. § 346 Abs. 1 BGB) und der Berechtigte den Rücktritt *erklärt* (§ 349 BGB). Ein Rücktrittsrecht kann sich aus dem Vertrag („*Der Käufer ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn nicht ...*“) oder aus dem Gesetz ergeben.

Wenn die Kaufsache einen Sach- oder Rechtsmangel hat, kann der Käufer gemäß § 437 Nr. 2 BGB nach erfolgloser Fristsetzung zur Nacherfüllung bzw. Fehlschlagen der Nacherfüllung vom Kaufvertrag zurücktreten. Ein allgemeines Rücktrittsrecht bei gegenseitigen Verträgen begründet § 323 BGB.

Nach Erklärung des Rücktritts sind die Parteien nach § 346 Abs. 1 BGB verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Der Vertrag wandelt sich in ein „Rückgewährschuldverhältnis“ um. → *Angemessene Frist* → *Gestaltungsrechte* → *Anfechtung* → *Kündigung* → *Widerruf*

Sachmangel

Begriff Eine gekaufte Sache ist frei von Sachmängeln, wenn sie bei Gefahrübergang die *vereinbarte Beschaffenheit* hat (§ 434 Abs. 1 S. 1 BGB). Soweit die Beschaffenheit nicht vereinbart ist, ist die Sache mangelfrei, wenn sie sich für die nach dem Vertrag *vorausgesetzte Verwendung* eignet (§ 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 BGB). „Sonst“ (gemeint ist in den verbleibenden Fällen) ist eine Sache mangelfrei, wenn sie sich für die *gewöhnliche Verwendung* eignet und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen der gleichen Art *üblich* ist und die der Käufer nach der Art der Sache erwarten kann (§ 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB).

Vereinbarte Beschaffenheit Eine Vereinbarung der Beschaffenheit der Kaufsache („*Soll-Beschaffenheit*“) im Sinne des § 434 Abs. 1 S. 1 BGB liegt vor, wenn der Zustand der Kaufsache im Kaufvertrag ausdrücklich festgehalten wird. Die Vereinbarung kann aber auch stillschweigend (konkludent) getroffen werden.

Vorausgesetzte Beschaffenheit Die Beschaffenheit ist vorausgesetzt (§ 433 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 BGB), wenn die Parteien eine *gemeinsame* Vorstellung vom Verwendungszweck der Sache haben, zum Beispiel weil eine bestimmte Verwendung der Sache im Vorfeld des Vertrags zugrunde gelegt wurde. Einseitige

Vorstellungen des Käufers oder das Wissen des Verkäufers, wozu der Käufer die Sache nutzen will, reichen dafür nicht aus.

Gewöhnliche Verwendung Ist die Beschaffenheit der Sache weder vereinbart noch nach dem Vertrag vorausgesetzt, ist die Sache nach § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB mangelfrei, wenn sie sich für die *gewöhnliche Verwendung* eignet und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen der gleichen Art *üblich* ist und die der Käufer nach der Art der Sache *erwarten kann*.

Montagefehler Nach § 434 Abs. 2 BGB ist ein Sachmangel auch dann gegeben, wenn die vereinbarte Montage der Kaufsache durch den Verkäufer unsachgemäß durchgeführt wird oder wenn eine Montageanleitung mangelhaft ist (sogenannte „IKEA-Klausel“), es sei denn, die Sache wird dennoch fehlerfrei montiert.

Falsche Lieferung Wenn der Verkäufer eine andere als die gekaufte Sache (ein „*Aliud*“) oder eine zu geringe Menge (ein „*Minus*“) liefert, wird dies gemäß § 434 Abs. 3 BGB wie ein Sachmangel behandelt.

Gefahrübergang Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung geht nach § 446 S. 1 BGB mit der Übergabe der Sache auf den Käufer über. Bei Vorliegen eines Versendungskaufs geht die Gefahr nach § 447 Abs. 1 BGB auf den Käufer über, sobald der Verkäufer die Sache der zur Ausführung der Versendung bestimmten Person (Post, Spediteur, Frachtführer) übergeben hat. Beim Verbrauchsgüterkauf gilt § 447 Abs. 1 BGB nur ausnahmsweise, sodass regelmäßig der Verkäufer (Unternehmer) das Transportrisiko trägt (vgl. § 474 Abs. 4 BGB). → *Schickschuld* → *Verbrauchsgüterkauf*

Kerntheorie Der Mangel der Kaufsache muss im Zeitpunkt des Gefahrübergangs jedenfalls im Kern vorhanden sein, auftreten („sich zeigen“) kann er später. Eine besondere Beweislastregel enthält § 476 BGB für den Verbrauchsgüterkauf: Danach wird bei einem Mangel, der innerhalb von sechs Monaten nach Gefahrübergang auftritt („sich zeigt“) vermutet, dass die Sache schon bei Gefahrübergang mangelhaft war. → *Verbrauchsgüterkauf* → *Beweislastumkehr*

Rechte des Käufers Falls die Kaufsache einen Mangel hat, kann der Käufer gemäß § 437 BGB Nacherfüllung, Rücktritt vom Vertrag oder Minderung des Kaufpreises und Schadensersatz oder Aufwendungsersatz verlangen. Zunächst steht dem Käufer aber nur ein Recht auf Nacherfüllung zu. Dabei kann der Käufer zwischen der Beseitigung des Mangels (Reparatur) und der Lieferung einer mangelfreien Sache (Umtausch) wählen (§ 439 Abs. 1 BGB). Die anderen Rechte des Käufers bestehen nachrangig und setzen in der Regel eine fruchtlose *Fristsetzung zur Nacherfüllung* voraus. → *Angemessene Frist* → *Rücktritt*

Schickschuld

Eine Schickschuld liegt vor, wenn der Schuldner verpflichtet ist, die Ware an den Gläubiger abzuschicken, also zum Transport zu geben. Der Verkäufer muss die Ware in diesem Fall „auf den Weg bringen“, zum Beispiel durch Aufgabe bei der Post oder Abgabe an eine andere Transportperson, etwa einen Frachtführer. Damit hat

der Verkäufer seine Pflicht erfüllt. Das Transportrisiko trägt der Käufer.

→ *Bringschuld* → *Holschuld* → *Versendungskauf*

Schlüssiges Verhalten

→ *Konkludentes Verhalten*

Schönheitsreparaturen

→ *Mietvertrag: Schönheitsreparaturen*

Schuldbeitritt

Der Schuldbeitritt ist im Gesetz nicht geregelt, aber aufgrund der Vertragsfreiheit zulässig. Von der in §§ 414, 415 BGB geregelten *befreienden* Schuldübernahme unterscheidet sich der Schuldbeitritt (auch „Schuld*mit*übernahme“) dadurch, dass hier *kein Wechsel* des Schuldners erfolgt, sondern dass der Beitretende als *weiterer* Schuldner neben den vorhandenen Schuldner tritt. Der bisherige Schuldner und der Beitretende werden Gesamtschuldner. → *Kreditsicherung* → *Bürgschaft*

→ *Garantievertrag* → *Patronatserklärung* → *Gesamtschuld*

Schuldverhältnis

Begriff Zu unterscheiden ist zwischen vertraglichen, vorvertraglichen und gesetzlichen Schuldverhältnissen. Wenn ein Schuldverhältnis vorliegt, ist der Gläubiger berechtigt, vom Schuldner eine Leistung zu fordern (§ 241 Abs. 1 BGB). Aus § 241 Abs. 2 BGB können sich Pflichten zur Rücksicht auf die Rechte, Rechtsgüter und Interessen des anderen Teils ergeben. → *Vertragliches Schuldverhältnis* → *Gesetzliche Schuldverhältnisse* → *Vorvertragliches Schuldverhältnis* → *Pflichtverletzung*

Gläubiger Gläubiger ist derjenige, dem ein Anspruch zusteht („*der glaubt, dass er etwas bekommt*“).

Schuldner Schuldner ist derjenige, der den Anspruch erfüllen soll („*der etwas schuldet*“).

In jedem gegenseitig verpflichtenden Vertrag (z. B. Kaufvertrag, Mietvertrag, Dienstvertrag und Werkvertrag) gibt es zwei Gläubiger und zwei Schuldner.

Schutzgesetz

Ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB ist eine Norm, die dem Einzelnen einen Schutz vor der Verletzung seiner Rechtsgüter, Rechte und anderen rechtlich geschützten Interessen gewähren soll. Viele Vorschriften des Strafgesetzbuchs (StGB), zum Beispiel die Delikte Körperverletzung (§§ 223 ff. StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB) und Betrug (§ 263 StGB) sind Schutzgesetze. Eine gemeindliche Satzung, die den Grundstückseigentümer verpflichtet, bei Eis und Schnee den Gehweg zu reinigen, ist ebenfalls ein Schutzgesetz.

Schwebende Unwirksamkeit

Ein schwebend unwirksames Rechtsgeschäft ist weder wirksam noch unwirksam, sondern befindet sich in einer Schwebelage. Sein weiteres „Schicksal“ hängt davon ab, ob ein bisher nicht beteiligter Dritter seine Genehmigung erteilt (vgl. §§ 177 Abs. 1, 108 Abs. 1 BGB). Tut er dies, wird das Rechtsgeschäft rückwirkend wirksam (§ 184 Abs. 1 BGB). Die Verweigerung der Genehmigung führt hingegen zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts. → *Nichtigkeit* → *Rechtsgeschäft*
→ *Geschäftsfähigkeit* → *Vertretung: Ohne Vertretungsmacht*

Schweigen

Wer schweigt, gibt keine (Willens-)*Erklärung* ab, weil er nichts *erklärt*. Dies gilt grundsätzlich auch für Kaufleute. Ausnahmen im BGB sind §§ 108 Abs. 2 S. 2, 177 Abs. 2 S. 2, 516 Abs. 2 S. 2, im Handelsrecht § 362 HGB und das kaufmännische Bestätigungsschreiben. → *Willenserklärung*

Sicherungsabrede

Durch die Sicherungsabrede (Sicherungsvertrag, Zweckerklärung) erfolgt bei nicht akzessorischen Sicherungsrechten die Verbindung zwischen der Sicherung (z. B. einer Übereignung oder einer Abtretung) und der gesicherten Forderung.
→ *Akzessorietät* → *Grundschild* → *Sicherungsübereignung*

Sicherungsübereignung

Bei der im BGB nicht geregelten Sicherungsübereignung (SÜ) dient eine Sache oder eine Sachgesamtheit zur Absicherung einer oder mehrerer Forderungen. Objekte der SÜ können einzelne Sachen sein (Pkw, Lkw, Baukran) oder Sachgesamtheiten wie etwa ein Warenlager. Die rechtliche Konstruktion ist wie folgt: Der Sicherungsgeber (Kreditnehmer) übereignet gemäß §§ 929, 930, 868 BGB die Sache oder die Sachgesamtheit an den Sicherungsnehmer (Kreditgeber). Die – neben der Einigung – für die Übereignung nach § 929 S. 1 BGB erforderliche Übergabe wird durch die Begründung eines *Besitzmittlungsverhältnisses* ersetzt (vgl. §§ 930, 868 BGB), das häufig ein Leih-, Verwahrungs- oder Mietvertrag ist.

Der Sicherungsnehmer (Kreditgeber) wird Eigentümer der Sache und deren mittelbarer Besitzer. Der unmittelbare Besitz verbleibt beim Sicherungsgeber (Kreditnehmer), der die Sache damit weiter nutzen kann, um aus den Erlösen den durch die SÜ gesicherten Kredit begleichen zu können.

Die Verbindung zwischen Übereignung und Forderung wird durch die Sicherungsabrede (Sicherungsvertrag, Zweckerklärung) hergestellt. Wenn es zu Verzögerungen bei der Rückzahlung des Kredits kommt, ist der Sicherungsnehmer nach Maßgabe der Sicherungsabrede berechtigt, die Herausgabe der Sache zu verlangen und sie zu verwerten. → *Besitz: Besitzmittlungsverhältnis* → *Pfandrechte*
→ *Kreditsicherung*

Sittenwidrigkeit

Ein Rechtsgeschäft ist nach § 138 Abs. 1 BGB sittenwidrig, „wenn es gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt“. → *Wucher*
→ *Rechtsgeschäft* → *Ungerechtfertigte Bereicherung*

Skonto

Der Schuldner ist nur dann zu einem Abzug von Skonto berechtigt, wenn eine entsprechende vertragliche Regelung mit dem Gläubiger besteht. Dem Gläubiger steht es frei, ob er ein Recht zum Abzug von Skonto einräumt, um den Schuldner zu einer schnellen Zahlung zu motivieren.

Wenn nichts anderes vereinbart ist, reicht es nach heute noch herrschender Meinung für die Inanspruchnahme des Skontos aus, dass der Schuldner die *Leistungshandlung* rechtzeitig vornimmt. Diese besteht im Falle der Überweisung darin, dass der Schuldner „seine“ Bank anweist, die Überweisung auszuführen. Diese Anweisung kann auch noch am letzten Tag der Skontofrist erfolgen. Dagegen kommt es nicht darauf an, dass der *Leistungserfolg* (Gutschrift des Geldes auf dem Gläubigerkonto) ebenfalls innerhalb der Frist eintritt, es sei denn, die Parteien hätten eine andere Vereinbarung getroffen.

Taschengeldparagraf

→ *Geschäftsfähigkeit: Taschengeldparagraf*

Trennungsprinzip

Die vollständige Abwicklung eines Kaufvertrags erfordert *drei* Rechtsgeschäfte:

1. Abschluss des Kaufvertrags (schuldrechtliches Verpflichtungsgeschäft),
2. Übereignung der Kaufsache (erstes sachenrechtliches Verfügungsgeschäft, auch erstes Erfüllungsgeschäft),
3. Zahlung des Kaufpreises (zweites sachenrechtliches Verfügungsgeschäft, auch zweites Erfüllungsgeschäft).

Das Trennungsprinzip besagt, dass die Wirksamkeit dieser drei Rechtsgeschäfte getrennt (einzeln) zu betrachten ist. Die Rechtsgeschäfte sind außerdem in ihrer rechtlichen Wirksamkeit unabhängig voneinander. Das bedeutet zum Beispiel, dass der Kaufvertrag unwirksam sein kann, während die beiden Verfügungsgeschäfte (Erfüllungsgeschäfte) wirksam sind. Ebenso kann im Falle eines wirksamen Kaufvertrags die Übereignung der Kaufsache unwirksam sein, die Zahlung des Kaufpreises hingegen wirksam. Dieser Sachverhalt wird, etwas ungenau, auch als *Abstraktionsprinzip* bezeichnet.

Umsatzsteuer

→ *Erforderlicher Geldbetrag*

Unbewegliche Sachen

Unbewegliche Sachen sind bebaute und unbebaute Grundstücke.

→ *Grundstücksrecht* → *Grundbuch* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen*

Unerlaubte Handlung

→ *Deliktsrecht* → *Deliktsfähigkeit*

Ungerechtfertigte Bereicherung

Die Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung (§§ 812 ff. BGB) dienen dazu, Zuwächse im Vermögen einer Person, für die es keinen Rechtsgrund gibt, wieder rückgängig zu machen. → *Etwas erlangt* → *Leistung* → *Ohne rechtlichen Grund* → *Anfechtung* → *Nichtigkeit*

Unmöglichkeit

Bei der Behandlung der Unmöglichkeit ist es wichtig, zwischen der unmöglichen und der (noch) möglichen Leistung zu unterscheiden. Wenn eine Leistung für den Schuldner oder für jedermann unmöglich ist (z. B. die Lieferung einer Ware), hat der Gläubiger gemäß § 275 Abs. 1 BGB keinen Anspruch mehr auf die Leistung, ohne dass es darauf ankommt, wer die Unmöglichkeit zu vertreten hat. Davon zu trennen sind die Fragen, ob dem Gläubiger gegen den Schuldner der unmöglichen Leistung ein Schadensersatzanspruch zusteht (§§ 280 Abs. 1, Abs. 3, 283 BGB) und ob der Gläubiger seine noch mögliche Gegenleistung (Zahlung des Kaufpreises) noch zu erbringen hat (vgl. dazu § 326 BGB).

Unterlassen

Ein Unterlassen erfüllt nur dann das Tatbestandsmerkmal „Handlung“ i. S. d. § 823 Abs. 1 BGB, wenn eine Pflicht zum Tätigwerden, also zum Handeln besteht. Die Pflicht kann sich aus dem Gesetz, einer konkreten Lebensbeziehung (insbesondere innerhalb der Familie) oder aus einem vorangegangenen Tun ergeben. → *Handlung* → *Deliktsrecht*

Unternehmensbezogenes Geschäft

→ *Vertretung: Unternehmensbezogenes Geschäft*

Unternehmer

Nach § 14 BGB ist ein Unternehmer eine natürliche Person (Mensch), eine juristische Person (GmbH, Aktiengesellschaft) oder eine rechtsfähige Personengesellschaft (Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft), die bei Abschluss eines Rechtsgeschäftes in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Eine GbR, die als „Außen-GbR“ am Geschäftsverkehr teilnimmt, ist nach der Rechtsprechung ebenfalls Unternehmerin. → *Verbraucher* → *Kaufmann* → *Verbrauchsgüterkauf* → *Allgemeine Geschäftsbedingungen: Unternehmer* → *GmbH* → *OHG* → *KG* → *GbR*

Veräußerung

Wenn in einem juristischen Text von „Veräußerung“ die Rede ist, sind i.d.R. der (schuldrechtliche) Kaufvertrag (§ 433 BGB) und die (sachenrechtliche) Übertragung des Eigentums (§§ 929 ff. BGB; §§ 873, 925 BGB) gemeint. → *Eigentum*
→ *Eigentumserwerb an beweglichen Sachen* → *Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen* → *Trennungsprinzip*

Verarbeitung

Begriff Wird ein Stoff (eine Sache) oder werden mehrere Stoffe (Sachen) verarbeitet oder umgebildet und entsteht dadurch eine *neue* Sache, so wird der Hersteller der neuen Sache gemäß § 950 Abs. 1 BGB deren Eigentümer, es sei denn, der Wert der Verarbeitung ist wesentlich geringer als der Gesamtwert der verarbeiteten Stoffe.

Voraussetzungen Die Voraussetzungen an eine Verarbeitung oder Umbildung sind gering. Nach § 950 Abs. 1 S. 2 BGB reicht bereits das Schreiben, Zeichnen, Malen, Drucken und Gravieren oder eine ähnliche Bearbeitung einer Oberfläche aus. Ebenso genügt das Zusammenfügen von Bauteilen.

Neue Sache Ob eine Sache *neu* im Sinne des § 950 BGB ist, ist wirtschaftlich unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung zu entscheiden. Eine *neue* Sache liegt vor, wenn eine im Verhältnis zu den Stoffen *andere* Sache entsteht, aber auch bei Erreichung einer höheren Verarbeitungsstufe. Ein Anhaltspunkt für das Vorliegen einer neuen Sache ist ein neuer Name. Bloße Wertsteigerungen (ein und dieselbe Sache ist mehr wert als zuvor) und Instandsetzungen oder Reparaturen genügen nicht.

Wert der Verarbeitung Nach § 950 BGB wird ein Hersteller *nicht* Eigentümer der neu hergestellten Sache, „sofern nicht der Wert der Verarbeitung wesentlich geringer ist als der Wert des Stoffes“, womit der Wert aller verarbeiteten Materialien gemeint ist. Dies wird angenommen, wenn bei einem Stoffwert von 100 der Wert der Verarbeitung nicht größer als 60 ist.

Verbraucher

Nach § 13 BGB ist ein Verbraucher jede *natürliche* Person (Mensch), die ein Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer *selbstständigen* beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. → *Unternehmer*
→ *Kaufmann* → *Verbrauchsgüterkauf* → *Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)*

Verbrauchsgüterkauf

Ein Verbrauchsgüterkauf liegt vor, wenn ein *Verbraucher* (§ 13 BGB) von einem *Unternehmer* (§ 14 BGB) eine bewegliche Sache kauft. In diesem Fall gelten neben den §§ 433 ff. BGB zum Schutz des Verbrauchers zusätzlich die §§ 474 ff. BGB.
→ *Verbraucher* → *Unternehmer* → *Kaufmann* → *Beweislastumkehr* → *Sachmangel: Kerntheorie*

Verjährung

Begriff Wenn ein Anspruch verjährt ist, ist der Verpflichtete (der Schuldner) nach § 214 Abs. 1 BGB berechtigt, die Leistung zu verweigern. Die Verjährung bewirkt also nicht den Untergang (das Erlöschen) des Anspruchs, sondern begründet nur ein Gegenrecht. Der Eintritt der Verjährung wird in einem Prozess nicht „von Amts wegen“ beachtet. Der Schuldner muss sein Leistungsverweigerungsrecht geltend machen, indem er die „Einrede der Verjährung“ erhebt. → *Ausschlussfrist*

Verjährungsfristen Das BGB enthält eine Reihe von speziellen Verjährungsfristen im Besonderen Teil des Schuldrechts (§§ 438, 548, 634a BGB) und im Allgemeinen Teil (§§ 196, 197 BGB). Wenn keine dieser Fristen eingreift, gilt die regelmäßige Verjährungsfrist, die nach § 195 BGB drei Jahre beträgt. Diese Frist gilt insbesondere für viele Zahlungsansprüche (§ 433 Abs. 2 BGB, § 535 Abs. 2 BGB, § 611 Abs. 1 BGB, § 631 Abs. 1 BGB).

Fristbeginn Die Verjährungsfristen laufen zu unterschiedlichen Zeiten an. Die regelmäßige Verjährungsfrist des § 195 BGB beginnt (erst) am Ende des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist *und* der Gläubiger Kenntnis vom Anspruch hatte oder grob fahrlässig nicht erlangt hatte (§ 199 Abs. 1 BGB).

Verlängerter Eigentumsvorbehalt

In der Praxis ist der *verlängerte* Eigentumsvorbehalt (§§ 929 S. 1, 158 Abs. 1, 185 Abs. 1, 398 BGB) weit verbreitet. Dieser wird vereinbart, wenn eine Absatzkette vorliegt und der erste Käufer nicht in der Lage ist, den Kaufpreis vor der Weiterveräußerung an Dritte zu zahlen.

Die Konstruktion ist wie folgt: Zunächst wird ein einfacher Eigentumsvorbehalt vereinbart (§§ 929 S. 1, 158 Abs. 1 BGB), sodass der erste Käufer das Eigentum erst erwirbt, wenn er den Kaufpreis vollständig an seinen Lieferanten bezahlt hat.

Der Lieferant (Noch-Eigentümer) gestattet dem ersten Käufer (Noch-Nicht-Eigentümer) aber schon vor (vollständiger) Zahlung des Kaufpreises die Veräußerung der Kaufsache „*im ordnungsgemäßen Geschäftsgang*“ an Dritte. Der erste Käufer trifft mit der Übereignung an die Dritten eine Verfügung als Nichtberechtigter, die aber nach § 185 Abs. 1 BGB wirksam ist, weil sie mit der Einwilligung des Berechtigten (Noch-Eigentümer) erfolgt. Da damit das Eigentum gemäß §§ 929 S. 1, 185 BGB auf die Dritten übergeht, lässt sich der bisherige Eigentümer (Lieferant) die Kaufpreisforderungen, die dem ersten Käufer gegen die Dritten zustehen, zur Sicherheit abtreten (§ 398 BGB). → *Eigentumsvorbehalt*
→ *Anwartschaftsrecht*

Vermögensschäden

Vermögensschäden (materielle Schäden) sind Schäden, die sich in Euro und Cent konkret bestimmen lassen. Typische Beispiele sind Reparaturkosten, Heilungskosten (Krankenhauskosten, Zuzahlung für Medikamente, Fahrten mit dem Taxi zum Arzt), Verdienstaufschlag und entgangener Gewinn. → *Nichtvermögensschäden*

Vermutung

Eine gesetzliche Vermutung ist eine Beweislastregelung. Sie begründet einen Rechtszustand, dessen Tatsachen nicht dargelegt und bewiesen werden müssen. Beispiel: Zugunsten des Besitzers einer beweglichen Sache wird gemäß § 1006 Abs. 1 BGB vermutet, dass er Eigentümer der Sache ist.

Eine Vermutung ist grundsätzlich widerlegbar, d.h. der Beweis des Gegenteils widerlegt die gesetzliche Vermutung. Beispiel: Legt der Eigentümer den Kaufvertrag über eine bewegliche Sache vor, kann er i.d.R. damit die Vermutung, dass der Besitzer auch Eigentümer ist, widerlegen.

Verrichtungsgehilfe

Begriff Verrichtungsgehilfe ist, wer in weisungsabhängiger Form von einem anderen (Geschäftsherrn), zu dem er in einer gewissen Abhängigkeit steht, in dessen Interesse zu einer Verrichtung bestellt ist. Das sind insbesondere Arbeitnehmer. Subunternehmer sind in der Regel mangels Abhängigkeit keine Verrichtungsgehilfen.

Inhalt Nach § 831 Abs. 1 BGB haftet der Geschäftsherr, wenn der Verrichtungsgehilfe in Ausführung der Verrichtung einen anderen widerrechtlich schädigt. Dabei wird vermutet, dass den Geschäftsherrn ein Verschulden bei der Auswahl oder der (laufenden) Überwachung des Verrichtungsgehilfen trifft. § 831 Abs. 1 BGB ist also eine gegen den Geschäftsherrn gerichtete Anspruchsgrundlage. Neben diesem kann der Verrichtungsgehilfe persönlich haften, zum Beispiel aus § 823 Abs. 1 BGB → *Deliktsrecht* → *Erfüllungsgehilfe*

In Ausführung der Verrichtung Der Verrichtungsgehilfe handelt in Ausführung der Verrichtung, wenn ein zeitlicher und sachlicher Zusammenhang zwischen der aufgetragenen Verrichtung und der schädigenden Handlung besteht, was bei einer vorsätzlich begangenen *Straftat* in der Regel nicht der Fall ist.

Verschulden § 831 Abs. 1 BGB setzt ein Verschulden des Geschäftsherrn in Bezug auf die *Auswahl oder die (laufende) Überwachung* des Verrichtungsgehilfen voraus. Dieses Verschulden wird vermutet. → *Beweislastumkehr*

Exkulpation Da das Verschulden des Geschäftsherrn vermutet wird, muss dieser die Vermutung widerlegen, indem er sich exkulpiert (entlastet): Dafür muss er beweisen, dass ihn bezüglich der Auswahl *und* der laufenden Überwachung des Verrichtungsgehilfen kein Verschulden trifft. Gelingt dieser Beweis nicht, bleibt es beim vermuteten Verschulden. → *Erfüllungsgehilfe*

Verschulden

→ *Fahrlässigkeit* → *Vorsatz*

Versendungskauf

Nach § 447 Abs. 1 BGB liegt ein Versendungskauf vor, wenn der Verkäufer die Kaufsache auf Verlangen (eine Bitte reicht auch aus) des Käufers an einen anderen Ort als den Erfüllungsort versendet. In diesem Fall geht die Transportgefahr gemäß

§ 447 Abs. 1 BGB auf den Käufer über, sobald die Sache vom Verkäufer an eine Transportperson (DHL, UPS) übergeben wurde. Beim Verbrauchsgüterkauf gilt § 447 Abs. 1 BGB nur ausnahmsweise, sodass regelmäßig der Verkäufer (Unternehmer) das Transportrisiko trägt. → *Schickschuld* → *Verbrauchsgüterkauf*

Vertrag

Begriff Ein Vertrag ist die von zwei oder mehreren Personen erklärte Willensübereinstimmung über die Herbeiführung eines rechtlichen Erfolgs. Er setzt mindestens zwei Willenserklärungen voraus. Der Vertrag ist ein mehrseitiges Rechtsgeschäft. → *Willenserklärung* → *Rechtsgeschäft*

Abschluss Der Abschluss eines Vertrags setzt die rechtzeitige Annahme eines Angebots (Antrags) voraus. → *Angebot* → *Annahme* → *Annahmefrist*

Gegenseitiger Vertrag Ein gegenseitiger Vertrag (besser: gegenseitig *verpflichtender* Vertrag) liegt vor, wenn sich beide Seiten wechselseitig zu einer Leistung verpflichten und die Leistung der einen Seite und die Gegenleistung der anderen Seite in einem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen. Die wichtigsten schuldrechtlichen Verträge sind gegenseitig verpflichtende Verträge (zum Beispiel der Kauf-, Miet-, Leasing-, Dienst- und der Werkvertrag).

Vertragliches Schuldverhältnis

Ein vertragliches Schuldverhältnis beruht auf dem Willen der Parteien, die den Vertrag geschlossen haben. → *Gesetzliches Schuldverhältnis* → *Vorvertragliches Schuldverhältnis*

Vertragsstrafe

Die *Vertragsstrafe* (*Konventionalstrafe*) wird in Verträgen vereinbart, um den Schuldner zu einer ordnungsgemäßen, insbesondere rechtzeitigen Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten anzuhalten. Nach § 339 BGB ist eine Strafe, die der Schuldner dem Gläubiger für den Fall verspricht, dass er seine Verbindlichkeit nicht oder nicht in gehöriger Weise erfüllt, verwirkt, wenn der Schuldner mit seiner Leistung in Verzug kommt. Mit „*Strafe*“ ist hier nicht eine vom Gericht verhängte Geldstrafe gemeint, sondern eine Geldzahlung des Schuldners an den Gläubiger. „*Verwirkt*“ bedeutet, dass der Anspruch auf die Strafe entstanden ist (fällig ist). → *Pauschalierter Schadensersatz*

Vertretung

Begriff Wenn jemand eine eigene *Willenserklärung* im Namen des Vertretenen abgibt und dabei im Rahmen der Vertretungsmacht handelt, wirkt diese vom Vertreter abgegebene Willenserklärung gemäß § 164 Abs. 1 S. 1 BGB *unmittelbar* für und gegen den Vertretenen. Der Sachverhalt wird also so behandelt, als wenn der Vertreter die Erklärung selbst abgegeben hätte. → *Prokura*

Eigene Willenserklärung Der Vertreter muss eine *eigene* Willenserklärung abgeben (erzeugen) und nicht lediglich – wie ein Bote – eine fremde (schon fertige) Willenserklärung überbringen.

Im Namen des Vertretenen Die Willenserklärung muss erkennbar im Namen des Vertretenen abgegeben werden („*Offenkundigkeitsprinzip*“). Häufig wird auch gesagt, der Vertreter müsse „im fremden Namen“ handeln. Der andere Teil soll vor Abschluss des Vertrags wissen, dass der Vertrag nicht mit dem Handelnden – dem Vertreter –, sondern mit einem anderen – dem Vertretenen – geschlossen wird. Ausreichend ist, dass der Vertretene bestimmbar ist, sein Name muss nicht genannt werden oder dem anderen Teil (Vertragspartner) auch nicht bekannt sein. Die Willenserklärung muss außerdem nicht ausdrücklich im Namen des Vertretenen abgegeben werden, vielmehr reicht es aus, wenn sich dieses aus den Umständen ergibt (§ 164 Abs. 1 S. 2 BGB). Solche Umstände können sich aus der Verwendung von Firmenbögen, aus der Angabe der Firmenadresse als Lieferadresse und aus Art, Inhalt und Umfang einer Bestellung ergeben.

Unternehmensbezogenes Geschäft Bei Verträgen, die sich auf ein Unternehmen beziehen, nimmt die Rechtsprechung an, dass der Wille der Beteiligten *im Zweifel* dahin geht, dass der (tatsächliche) Inhaber des Unternehmens (der Unternehmensträger) und nicht der handelnde Angestellte (der Vertreter) Vertragspartei werden soll. Diese Vermutung gilt sogar dann, wenn der andere Teil den Handelnden (Vertreter) irrtümlich für den Inhaber hält.

Vertretungsmacht Die Vertretungsmacht kann sich aus dem Gesetz (Eltern für die Kinder, §§ 1626 Abs. 1, 1629 Abs. 1 BGB) oder aus einer rechtsgeschäftlichen Erteilung ergeben (Vollmacht, § 167 BGB; Prokura, § 48 HGB). Daneben sind bestimmte Organe juristischer Personen zur Vertretung berechtigt, zum Beispiel der GmbH-Geschäftsführer für die GmbH (§ 35 Abs. 1 GmbHG) und der Vorstand für die Aktiengesellschaft (§ 78 Abs. 1 AktG).

Vollmacht Die Vollmacht ist die rechtsgeschäftlich erteilte Vertretungsmacht. Sie kann als *Innenvollmacht* gegenüber dem Vertreter oder als *Außenvollmacht* gegenüber dem anderen Teil erteilt werden (§ 167 Abs. 1 BGB).

Ohne Vertretungsmacht Handelt jemand ohne Nachweis seiner Vertretungsmacht als Vertreter oder überschreitet jemand seine Vertretungsmacht, ist der Vertrag *schwebend unwirksam* (§ 177 Abs. 1 BGB). Genehmigt der „Vertretene“ den Vertrag, wird dieser rückwirkend wirksam (§§ 182 Abs. 1, 184 Abs. 1 BGB). Verweigert der „Vertretene“ die *Genehmigung*, wird der Vertrag nichtig. Dann kommt ein Anspruch des anderen Teils gegen den Vertreter ohne Vertretungsmacht aus § 179 Abs. 1 BGB in Betracht. Im Gegensatz zu § 164 Abs. 1 BGB handelt es sich bei § 179 Abs. 1 BGB um eine Anspruchsgrundlage. → *Schwebende Unwirksamkeit*

VOB

Die „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen“ (VOB) ist ein vom Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA) erarbeitetes Regelwerk.

Sie ist in die Teile A, B und C gegliedert. Teil A betrifft die Vergabe von Bauleistungen. Teil B behandelt die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen“. Er enthält neben den Regelungen zur Vergütung in § 2 VOB/B Regelungen zu den folgenden Punkten: Zur Bauausführung (§§ 3–6 VOB/B), zur Gefahrtragung (§ 7 VOB/B), zur Kündigung des Bauvertrags (§§ 8, 9 VOB/B), zur Vertragsstrafe (§ 11 VOB/B), zur Abnahme (§ 12 VOB/B), zur Gewährleistung einschließlich der Verjährung (§ 13 VOB/B) und zur Abrechnung und Zahlung (§§ 14–16 VOB/B). Teil C beinhaltet technische Vorgaben.

Bei der VOB handelt es sich – trotz des äußeren Erscheinungsbildes und ihrer Veröffentlichung im Bundesanzeiger – weder um ein Gesetz noch um eine andere Rechtsnorm. Die Regelungen der VOB/B stellen vielmehr Allgemeine Geschäftsbedingungen dar und unterfallen den §§ 305 ff. BGB. Daraus folgt: Da die VOB/B kein Gesetz ist, gilt sie nicht automatisch. Vielmehr muss ihre Geltung von den Parteien vereinbart werden, was insbesondere gegenüber Verbrauchern wegen der Nichtbeachtung der Anforderungen des § 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB oft nicht gelingt. Häufig wird dem Verbraucher die Möglichkeit der zumutbaren Kenntnisnahme nämlich nicht eröffnet. Wenn die VOB wirksam vereinbart ist, geht sie den §§ 631 ff. BGB vor. → *Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)* → *Verbraucher*

Vormerkung

→ *Auflassungsvormerkung*

Vorsatz

Vorsatz liegt vor, wenn der Täter *absichtlich* handelt (direkter Vorsatz = *dolus directus*). Vorsätzlich handelt aber auch, wer den Verletzungserfolg nicht will, ihn aber zumindest *billigend in Kauf nimmt* (bedingter Vorsatz = Eventualvorsatz = *dolus eventualis*). Hier verfährt der Täter nach dem Motto: „Es wird schon nichts passieren, aber wenn es passiert, dann passiert es eben“. Bei der groben Fahrlässigkeit geht der Täter hingegen davon aus, dass „es gut gehen wird“.

→ *Fahrlässigkeit: Grobe Fahrlässigkeit*

Vorvertragliches Schuldverhältnis

Nach § 311 Abs. 2 BGB kann ein Schuldverhältnis mit Schutz-, Aufklärungs- und sonstigen Nebenpflichten bereits vor Abschluss eines Vertrags bestehen. In einem solchen „vorvertraglichen Schuldverhältnis“ bestehen noch keine Leistungspflichten nach § 241 Abs. 1 BGB, aber bereits Pflichten zur Rücksichtnahme nach § 241 Abs. 2 BGB. → *Vertragliches Schuldverhältnis* → *Gesetzliche Schuldverhältnisse* → *Pflichtverletzung*

Werkvertrag

Begriff Der Werkvertrag ist auf die Herbeiführung eines *Erfolges* gerichtet (§ 631 Abs. 2 BGB). Nur wenn der Unternehmer den Erfolg herbeiführt, hat er einen Anspruch auf Zahlung der Vergütung. Dadurch unterscheidet sich der Werkvertrag

vom Dienstvertrag: Dieser ist gemäß § 611 Abs. 1 BGB auf die Leistung der versprochenen Dienste gegen Zahlung einer Vergütung und damit auf eine Tätigkeit gerichtet. Auch der zur Dienstleistung Verpflichtete muss sich um die *Herbeiführung* des Erfolges *bemühen*. Den Anspruch auf Bezahlung hat er aber auch dann, wenn der Erfolg trotz Bemühens nicht eintritt.

Fiktive Vergütung Nach § 632 Abs. 1 BGB *gilt* eine Vergütung als vereinbart, wenn die Herstellung des Werkes den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Diese *Fiktion* („*gilt als vereinbart ...*“) greift (nur) dann ein, wenn die Parteien keine ausdrückliche oder zumindest konkludente Vereinbarung zur Vergütung getroffen haben, was im wirtschaftlichen Bereich eher selten der Fall ist.

Übliche Vergütung Da es bei einem Werkvertrag häufig nicht möglich ist, die Höhe der Vergütung im Voraus zu bestimmen, enthält § 632 Abs. 2 BGB eine (weitere) *Fiktion*. Bei fehlender Vereinbarung *zur Höhe* der Vergütung ist bei Bestehen einer Taxe die taxmäßige Vergütung, anderenfalls die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen. Unter einer Taxe versteht man einen behördlich festgesetzten Preis, etwa für die Benutzung von Taxen, aber auch Gebührenordnungen für Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte und Steuerberater. Diese Ordnungen enthalten allerdings nicht immer starre Gebühren, sondern lassen den Rechnungsstellern einen Spielraum, den sie im Rahmen des Üblichen nutzen dürfen. Anderenfalls ist die übliche Vergütung zu zahlen, etwa der übliche Stundenlohn für Reparaturen.

Fälligkeit Vergütung Nach § 641 Abs. 1 BGB ist die Vergütung „bei der Abnahme des Werkes zu entrichten“. Das bedeutet, dass der Anspruch auf die Vergütung erst fällig wird, wenn der Besteller das vom Unternehmer hergestellte Werk abgenommen hat.

Abnahme Nach § 640 Abs. 1 BGB ist der Besteller verpflichtet, das vertragsgemäß hergestellte Werk abzunehmen (Zweite Hauptpflicht). Eine Abnahme liegt vor, wenn der Besteller das Werk als im Wesentlichen vertragsgemäße Leistung körperlich entgegennimmt. Die Abnahme kann förmlich durch die Unterzeichnung eines Abnahmeprotokolls oder konkludent (schlüssiges Verhalten, z. B. Ingebrauchnahme) erfolgen. In beiden Fällen muss gegenüber dem Unternehmer zum Ausdruck kommen, dass der Besteller die Werkleistung als im Wesentlichen vertragsgemäß anerkennt. Möglich ist auch eine fiktive Abnahme (§§ 640 Abs. 1 S. 3, § 641a Abs. 1 S. 1 BGB).

Kostenanschlag Wenn dem Werkvertrag ein *verbindlicher* Kostenanschlag (oft „Kostenvoranschlag“ genannt) zugrunde liegt, muss das Werk für den damit vereinbarten Preis erstellt werden („Festpreis“). Wenn der Unternehmer keine Gewähr für die Richtigkeit des Kostenanschlags („*unverbindlicher* Kostenvoranschlag“) übernommen hat, muss der Unternehmer den Besteller informieren, wenn sich während der Herstellung des Werkes zeigt, dass dieses nicht ohne eine wesentliche finanzielle Überschreitung ausführbar ist (§ 650 Abs. 2 BGB). Als wesentlich wird eine Überschreitung ab 15 % oder ab 20 % angesehen. Unterlässt der Unternehmer die Anzeige, liegt hierin eine Pflichtverletzung gemäß § 280 Abs. 1 BGB mit der Folge, dass der Besteller nur dem Kostenanschlag gemäß zuzüglich der

zulässigen Überschreitung in Höhe von 15–20 % zur Zahlung verpflichtet ist. Dies gilt nicht, wenn es während der Bauausführung zu Änderungen der Planung kommt.

Unternehmerpfandrecht Nach § 647 BGB steht dem Unternehmer für seine Forderungen aus dem Werkvertrag ein Pfandrecht an den *beweglichen* Sachen zu, die in seinen Besitz gelangt sind. Das Pfandrecht berechtigt ihn zur Verwertung des Gegenstandes (§§ 1257, 1234 ff. BGB). → *Pfandrechte*

Wesentlicher Bestandteil

→ *Gesetzlicher Eigentumserwerb*

Widerrechtlichkeit

Jede Verletzung eines fremden Rechtsgutes oder Rechtes ist widerrechtlich („wider das Recht“), es sei denn, es liegt ein Rechtfertigungsgrund vor (Einwilligung, Notwehr). „*Die Tatbestandsmäßigkeit indiziert die Widerrechtlichkeit!*“ Diese Regel gilt aber nicht für Eingriffe in das *Recht am Unternehmen (RaU)* oder in das *Allgemeine Persönlichkeitsrecht (APR)*. In diesen beiden Fällen muss die Rechtswidrigkeit im Wege einer Güter- und Interessenabwägung festgestellt werden. → *Deliktsrecht* → *Allgemeines Persönlichkeitsrecht* → *Recht am Unternehmen*

Widerruf

In bestimmten Fällen stehen Verbrauchern Widerrufsrechte zu, so bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen (§§ 312g Abs. 1, 355 BGB). Nach fristgerechter Erklärung des Widerrufs sind die Verträge gemäß § 357 BGB rückabzuwickeln. → *Gestaltungsrechte* → *Rücktritt* → *Anfechtung* → *Kündigung*

Willenserklärung

Begriff Eine Willenserklärung ist die Erklärung einer Person, die auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichtet ist. Erster wesentlicher Bestandteil einer Willenserklärung ist der *Rechtsbindungswille*: Dies ist der Wille, eine in rechtlicher Hinsicht verbindliche Handlung vorzunehmen, zum Beispiel einen Vertrag abzuschließen, die Kündigung eines Mietvertrags auszusprechen oder eine Anfechtung wegen arglistiger Täuschung zu erklären. Dieser Wille wird auch *Rechtsfolgewille* genannt.

Neben dieser subjektiven Komponente (Rechtsbindungswille, Rechtsfolgewille) ist die *Erklärung* des Willens der zweite Bestandteil einer Willenserklärung (objektive Komponente).

Wenn eine dieser Komponenten fehlt, liegt keine Willenserklärung vor. Deshalb ist Schweigen (Nichtreagieren) mangels Erklärung grundsätzlich keine Willenserklärung. Dies gilt, von Ausnahmen abgesehen, auch unter Kaufleuten. → *Rechtsgeschäft* → *Vertrag* → *Invitatio ad offerendum* → *Schweigen* → *Kaufmann*

Auslegung Für die Auslegung einer (unklaren) Willenserklärung kommt es nach §§ 133, 157 BGB darauf an, wie der Erklärungsempfänger die Willenserklärung nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung der Begleitumstände und der Verkehrssitte verstehen musste. Dieser Ansatz wird als „Auslegung vom Empfängerhorizont“ bezeichnet. → *Auslegung: Verträge*

Empfangsbedürftig Die meisten Willenserklärungen sind empfangsbedürftig. Sie werden erst wirksam, wenn sie bei einem anderen ankommen, ihm „zugehen“. Beispiele sind Angebot und Annahme, Anfechtung, Kündigung, Rücktritt und Widerruf. Eine *nicht* empfangsbedürftige und damit sofort wirksame Willenserklärung ist das *Testament*. → *Zugang einer Willenserklärung*

Wucher

Nach § 138 Abs. 2 BGB ist ein Rechtsgeschäft nichtig, wenn jemand sich unter Ausnutzung bestimmter Gegebenheiten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen lässt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu seiner Leistung stehen. Dies wird bei einem Darlehensvertrag angenommen, wenn der Zins 100 % oder zwölf Prozentpunkte über dem Marktzins liegt. Folge ist die Unwirksamkeit der Zinsabrede, sodass keine Zinsen (auch nicht die gesetzlichen Zinsen) zu zahlen sind. Der übrige Darlehensvertrag bleibt wirksam (Laufzeit, Tilgung).

Zugang einer Willenserklärung

Begriff Eine Willenserklärung unter Abwesenden ist nach § 130 Abs. 1 S. 1 BGB zugegangen, wenn sie in den Machtbereich des Empfängers gelangt ist *und* der Empfänger unter normalen Verhältnissen die Möglichkeit hat, vom Inhalt der Erklärung Kenntnis zu nehmen *und* nach der Verkehrsanschauung mit einer Kenntnisnahme zu rechnen ist. Außerdem darf kein vorheriger oder gleichzeitiger Widerruf erfolgen (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB).

Elektronische Bestellungen und Empfangsbestätigungen, die per *E-Mail* übermittelt werden, gelten nach § 312i Abs. 1 S. 2 BGB als zugegangen, wenn die Parteien, für die sie bestimmt sind, sie unter gewöhnlichen Umständen abrufen können. Auch hier muss aber hinzu kommen, dass mit einer Kenntnisnahme zu rechnen ist.

Verzicht auf den Zugang Nach § 151 BGB wird auf den Zugang *der Annahmeerklärung verzichtet*, wenn die Erklärung der Annahme gegenüber dem Antragenden nach der Verkehrssitte nicht zu erwarten ist oder der Antragende auf die Erklärung verzichtet hat. Es wird dabei nicht auf die Erklärung der Annahme, sondern *nur* auf den Zugang der Erklärung beim Antragenden verzichtet. Deshalb muss mindestens eine konkludente Annahmeerklärung vorliegen. → *Konkludentes Verhalten*

Zweckerklärung

Sicherungsabrede → *Grundschild* → *Sicherungsübereignung*

Zulassungsbescheinigung Teil II

→ *Kfz-Brief*

Zwingendes Recht

Zwingendes Recht kann durch eine Vereinbarung der Parteien weder geändert noch ausgeschlossen werden. → *Dispositives Recht*